Nummer 7 | Stuttgart, 18. Februar 1905 | 23. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate
für die sechsgespaltene Colonelzeile oder deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von 212 200 EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Der Generalstreik beendet!

Essen, den 10. Februar 1905.

Was in der letzten Nummer schon angedeutet wurde, ist mittlerweile eingetreten: Der Generalstreik ist für beendet erklärt! Warum? Unter welchen Bedingungen? Mußte das sein? Alle solche Fragen werden da sofort aufgeworfen. Der Stand der Bewegung zwang nicht zu der Aufhebung des Streiks. Man kann wohl sagen, noch nie ist ein Streik unter solchen Umständen zu Ende gegangen, wie der gigantische Kampf im Ruhrrevier. Der Kampfesmut der Ausständigen war ungebrochen, ja, wenn eine Steigerung möglich war, dann hatte gerade in den letzten Tagen die Kampfesfreudigkeit und die Siegeszuversicht noch zugenommen; eine Schädigung der Ausständigen durch Arbeitswillige war bei dem Stande der Dinge ausgeschlossen. Die paar Mann, welche Rausreißer spielten, konnten nicht einmal die Aufbereitungsarbeiten bewältigen, und am letzten Montag fuhren noch fast 1000 Mann weniger an als in der Woche vorher. Dazu kam, daß die verarbeitende Industrie, speziell die Eisenwerke, unmittelbar vor der Notwendigkeit stand, fast sämtliche Betriebe ganz stillzulegen. Ferner hatte die letzte Aktion der Siebenerkommission erneut und in erhöhtem Maße den Ausständigen die Sympathie der Bürgerschaft zugewandt. Die Arbeitervertretung hatte die Forderungen, soweit sie von der gesetzlichen Regelung ausgeschlossen sind, auf ein Minimum beschränkt, auch den Stein des Anstoßes, die Forderung der Anerkennung der Organisation, hatte man fallen lassen. Erneut wollte man dem Bergbaulichen Verein nähertreten und die reduzierten Forderungen unterbreiten. Die stolzen Kohlenkönige erklärten jedoch, sie verhandelten unter keinen Umständen mit der Siebenerkommission, man nahm nicht einmal Kenntnis von den Wünschen — von der Bescheidenheit der Arbeiter. Bedingungslose Unterwerfung wurde gefordert!

Diese neue Brüskierung ließ nicht nur die Erbitterung der Arbeiter, sondern auch die Empörung der Bürgerschaft erneut aufflammen. Selbst in der bürgerlichen Presse hieß es: Unter solchen Umständen kann man von den Ausständigen nicht verlangen, die Arbeit aufzunehmen.

Die Gerüchte, die Führer wollten aber doch das Ende des Kampfes herbeiführen, fanden einfach keinen Glauben, man hielt so etwas für unmöglich. Am Donnerstag sollte eine Delegiertenkonferenz über eventuelle weitere Aktionen beschließen. In verschiedenen Versammlungen am Mittwoch wurden noch Resolutionen gefaßt, in denen Fortsetzung des Kampfes unter allen Umständen gefordert wird.

Die Konferenz am anderen Morgen, am 8. Februar, beschloß anders. Zunächst platzten in geheimer Sitzung die Geister aufeinander. Leitende Personen aus dem christlichen, polnischen, Hirsch-Dunckerschen und aus dem Lager der freien Gewerkschaften sprachen für Aufhebung des Streiks. Wohl wurde versucht, die Forderung mit dem Hinweis auf die erzielten Erfolge und die Unwahrscheinlichkeit, mehr herauszuschlagen, zu motivieren, aber das war doch nur eine Verbrämung des wirklichen Grundes: Mangel an Mitteln! — —

„Es ist unmöglich, weitere Geldquellen zu erschließen, es sind noch viele, viele Gaben notwendig, um die bisher notwendig gewordenen Unterstützungen zahlen zu können," antwortete Genosse Sachse denen, die für Fortsetzung des Kampfes eintraten. Das ist eine furchtbar traurige, brutale Tatsache, daß dieser für das deutsche Proletariat so bedeutungsvolle, ruhmreiche Kampf so wie geschehen beendet werden mußte.

Das ist um so trauriger, als tatsächlich die Möglichkeit, noch bedeutende Mittel flüssig zu machen, gar nicht abgeschnitten war. Der Kampf war der intensivsten Anspannung wert; niemals stand das Prinzip: Anerkennung der Gleichberechtigung, des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter so sehr im Vordergrund als hier. Die mächtigste und sozial brutalste Unternehmergruppe verteidigte den Herrenstandpunkt, den Absolutismus des Kapitalismus. Hier ein Sieg errungen, war ein Erfolg, der der gesamten Arbeiterbewegung zugute kommen mußte. Da muß man fragen: Was war bestimmend für die Zurückhaltung? Zunächst sei nur die Frage gestellt, die Antwort wird wohl Anlaß zu weiteren Erörterungen geben.

Nach stundenlangen Verhandlungen, die in der Hauptsache ausgefüllt waren mit Referaten der Organisationsvertreter, stimmten von 169 Delegierten 163 folgender Resolution zu:

„In Erwägung, daß der Herrenstandpunkt des Vereins für die bergbaulichen Interessen durch diesen Kampf in nächster Zeit noch nicht gebrochen werden kann, und die Werksbesitzer nach wie vor Verhandlungen mit der Siebenerkommission ablehnten; in fernerer Erwägung, daß durch die Weiterführung des Kampfes das gesamte Wirtschaftsleben einer unermeßlichen Erschütterung ausgesetzt wäre, glauben wir an die Opferwilligkeit der Bergarbeiter wie der Gesamtarbeiterschaft keine höheren Anforderungen stellen zu dürfen. Im Hinblick darauf, daß nahezu die gesamte öffentliche Meinung auf Seite der streikenden Arbeiter steht und die Regierung, gedrängt durch die imposante Kundgebung der Bergarbeiter, im Reichstag bereits Gesetzentwürfe betreffend Arbeitskammern und die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine angekündigt, sowie die seit mehr als einem Jahrzehnt versprochene Reform der Berggesetzgebung auf das Bestimmteste zugesagt hat, in welcher

1. die Schichtzeit gesetzlich geregelt,
2. das Überschichtenunwesen verboten beziehungsweise eingeschränkt,
3. die Knappschaftskasse verbessert,
4. das Wagennullen verboten,
5. die vielen und hohen Strafen beseitigt,
6. die Arbeiterausschüsse allgemein eingeführt werden,

beschließt die Konferenz der Delegierten der vier Verbände, die Arbeit Freitag mittags beziehungsweise Samstag morgens wieder aufzunehmen.

Sollten die Versprechungen, die man den Bergarbeitern während des Kampfes seitens der Staatsregierung gegeben hat, nicht erfüllt, die Beschwerden unbeachtet, die Mißstände im Bergwerksbetriebe in alter Weise fortbestehen bleiben, dann behält sich die Bergarbeiterschaft vor, so einmütig, wie sie diesen Kampf geführt, aufs neue wieder den Kampfplatz zu betreten, um die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen zu erzwingen.

Die Bergarbeiter verpflichten sich, die Stärkung ihrer Organisation energisch zu betreiben, um jederzeit für einen neuen Kampf gerüstet zu sein."

Zu Tausenden harrte die Menge der Ausständigen draußen auf das Resultat der Verhandlungen, wie eine Bombe schlug es ein. Es war, als sei wie mit einem Blitzschlag ein anderer, revoltierender Geist in die Ausständigen gefahren. Tadellos, musterhaft, imponierend in ihrer Ruhe, war bisher die Haltung der Streikenden; sah sich doch sogar die Regierung genötigt, das in der Geschichte der Arbeiterbewegung fast beispiellos ruhige Verhalten der Ausständigen anzuerkennen. Alles hatten die Streikenden mit stoischer Ruhe ertragen, Provokationen von allen Seiten traten täglich an sie heran, man blieb ruhig, aber gegenüber dem Streikaufhebungsbeschluß versagte die Ruhe. Alle Leidenschaften, die eine sich betrogen wähnende Masse nur entfesseln kann, waren urplötzlich entfesselt: Mißtrauen, Wut, Zorn, an Verzweiflung grenzende Erbitterung und Empörung und starrer Trotz sah man in Wirksamkeit. Es war kein erhebender Anblick, diese Szenen einer in Extase geratenen Menge. Führer der Arbeiter mußten vor diesen flüchten, zum Schutze gegen die erregte Menge mußten Efferts und Genosse Sachse unter polizeilichem Schutze sich entfernen; man konnte nicht begreifen, daß die Einstellung des Kampfes bei so günstigen Auspizien unbedingt notwendig sein sollte, das Mißtrauen war geweckt, tausendfach erscholl der Ruf: Verräter! — —

Zum Unglück der Leitung hatte diese eine Ungeschicklichkeit begangen, die zur Steigerung der Erregung wesentlich beitrug und manches erklärlich macht. Die Siebenerkommission hatte schon vorher — ehe die Konferenz zusammentrat — ein Flugblatt herstellen lassen, in welchem schon als Resultat der Konferenz die Aufhebung des Streiks und der Wortlaut der Resolution bekanntgegeben wurde. War das schon unvorsichtig, so tat eine weitere Ungeschicklichkeit das übrige, um in den Augen der Streikenden die Konferenz zu einer Komödie zu stempeln, alles als Mache unter ultramontanem Einfluß erscheinen zu lassen. Die Blätter waren in einer ultramontanen Druckerei hergestellt. Diese ließ nun die 250 000 Blätter fast in demselben Moment, als der Beschluß gefaßt wurde, anfahren. Die Delegierten sollten durch Verteilung der Flugblätter sofort in ihren Revieren das Resultat bekanntgeben! Aber es blieb bei dem Plane, in wenigen Sekunden hatten die Streikenden die ganze Ladung Blätter in Fetzen zerrissen, die Straße sah aus wie ein großes Papierlager, sogar der Straßenbahnverkehr war auf kurze Zeit unterbrochen.

Nicht minder wilde Szenen spielten sich ab in den kurz nachher abgehaltenen Versammlungen. Nur vereinzelt erhielten die Führer Oberwasser und gelang es, eine Anerkennung der Konferenzbeschlüsse zu erzielen, meist wurden die Redner, welche für Befolgung der Parole sprechen wollten, gar nicht angehört und Beschlüsse gefaßt, den Kampf nicht einzustellen. Damit war die Verwirrung fertig, — soweit sich bei Abfassung dieses Artikels die Lage überschauen läßt, hat es den Anschein, als ob die Zechenverwaltungen für Wiederherstellung der Einigkeit — gegen die Konferenzbeschlüsse Sorge tragen. Gerade als ob man darauf gewartet hätte, dem Besiegten die ganze Schwere der Demütigung auskosten zu lassen, wurden am Freitag früh die sich zur Arbeit Einstellenden mit Spott und Hohn übergossen, zum Teil wieder nach Hause geschickt. Fast überall diktierten die Verwaltungen: Jeder einzelne hat sich um Wiederanstellung zu bewerben! Ja, auf einzelnen Zechen drückte man den Leuten — ausgerechnet am Tage nach Aufhebung des Generalstreiks — die Entlassung in die Hand.

Wie die Bewegung zu Ende gehen wird, läßt sich noch nicht sagen, leider muß man noch auf unangenehme Zwischenfälle gefaßt sein. Die größte Sorge ist jetzt, die Widerstrebenden bald wieder in einer Linie marschieren zu sehen, das Mißtrauen, welches gegen brave Genossen wie den Abgeordneten Sachse aufkeimen konnte, bald wieder geschwunden zu sehen.

Eine Lehre müssen die Bergarbeiter und alle Gewerkschaftler aus diesem Kampfe ziehen, die, daß die Kampffähigkeit der Arbeiter abhängig ist von den zur Verfügung stehenden Mitteln, daß mit niedrigen Beiträgen keine Organisation Kämpfe durchführen kann. Das erste muß jetzt sein, das nach dieser Richtung Versäumte schleunigst nachzuholen; jetzt müssen ganz besondere Anstrengungen gemacht werden, damit die Kassen schnell gefüllt sind. W. D.

Aus der Schweiz.

(Ein Rückblick. — Der Jahresbericht eines Arbeiterausschusses. — Der neue deutsch-schweizerische Handelsvertrag.)

Das Jahr 1904 war in wirtschaftlicher Beziehung für die Arbeiter etwas besser als sein Vorgänger. Der Geschäftsgang war im allgemeinen etwas lebhafter, die Arbeitsgelegenheit und die Beschäftigung reichlicher, die Arbeitslosigkeit geringer. Einen neuen Aufschwung hatte auch die Uhrenindustrie zu verzeichnen. Von den 13 Bureaus der staatlichen Kontrollämter wurden 599007 gegen 556017 goldene Uhrenschalen im Jahre 1903 abgestempelt, im vorigen Jahre also um 42990 Stück mehr; ferner 2685145 gegen 2456969 silberne, um 228176 Stück mehr, total 3284153 gegen 3012986, um 271166 Stück mehr. Das Jahr 1904 war demnach für die Schweizer Uhrenindustrie ein gutes Mitteljahr, trotz des russisch-japanischen Krieges, der den Export nach den beiden kriegführenden Ländern stark beeinträchtigte. In den Angaben über die Goldschalen sind nur jene von 18 und 14 Karat inbegriffen, während die große Zahl von Golduhren mit geringerem Feingehalt nicht amtlich abgestempelt werden.

Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Kämpfe waren die Arbeiter der verschiedenen Branchen recht rege. Nach unserer Zusammenstellung sind 22 Lohnkonflikte vorgekommen, wovon 10 Streiks, 9 Lohnbewegungen, 1 Aussperrung und 2 Differenzen waren. Daran waren beteiligt die Metallarbeiter in drei Fällen, die Uhrenarbeiter in sechs, Gießer in drei, Feilenhauer in drei, Schlosser in zwei, Graveure, Silberarbeiter, Elektriker, Aluminiumarbeiter und Spengler mit je einem Fall. Es sind dabei manche Erfolge erzielt worden. Der bemerkenswerteste war derjenige der Graveure mit der Erreichung des Neunstundentags. Sehr auffallend ist, daß nebenbei in der Schweizer Uhrenindustrie noch der Elfstundentag besteht. So sind jetzt 450 Schalenmacher in Chaux-de-fonds in den Streik eingetreten, um endlich die unerträgliche elfstündige Arbeitszeit abzuschaffen und die zehnstündige einzuführen. Von den in Betracht kommenden 25 Fabrikanten haben schon vor einiger Zeit 24 die Forderung der Arbeiter bewilligt, aber unter der Bedingung, daß auch die Firma Spillmann, die größte, den Zehnstundentag einführt. Da jedoch diese die Forderung der Arbeiter ablehnte, nahmen auch die anderen 24 ihr Zugeständnis wieder zurück, worauf sämtliche Schalenmacher die Arbeit einstellten. Die Schalenmacher arbeiten in Taglohn, der aber im letzten Jahre immer mehr herabgedrückt wurde. Die Arbeiter haben daher auch Lohnforderungen aufgestellt, die ebenso wie die Frage der Arbeitszeit durch einen Tarifvertrag ihre Regelung finden sollen. Über die Aussichten des Streiks läßt sich noch nichts sagen.

Insgesamt kamen im verflossenen Jahre in der Schweiz 124 Lohnkonflikte vor, wovon 53 Streiks, 48 Lohnbewegungen, 5 Aussperrungen und 18 Differenzen waren. Es sind in diesen vielen Kämpfen manche Erfolge errungen worden, durch die die Arbeits- und Lohnverhältnisse, die ganze wirtschaftliche Existenz und Lebenshaltung, die gesamte soziale Lage der Arbeiterschaft gehoben wurden. Nebenbei hat auch die Gewerkschaftsbewegung an Ausdehnung, Stärkung und Befestigung gewonnen. Das Jahr 1904 ist also für die Schweizer Arbeiterschaft kein schlechtes Jahr gewesen.

In verschiedenen Schweizer Fabriken, namentlich in solchen der Maschinenindustrie, bestehen Arbeiterkommissionen, oder wie man sie in Deutschland nennt, Arbeiterausschüsse, die als Vermittlungsorgane zwischen den Arbeitern und den Fabrikleitungen dienen sollen. In Winterthur, dem Hauptsitz der Schweizer Maschinenindustrie, bestehen in der Sulzerschen Maschinen- und in der Schweizer Lokomotiv- und Maschinenfabrik solche Einrichtungen. Die Kommission der Lokomotiv-

fabrik hat jüngst ihren zehnten Jahresbericht für das Jahr 1904 im Druck veröffentlicht, aus dem zu ersehen ist, daß sämtliche Abteilungen durch ein bis zwei Vertrauensmänner, die von den Arbeitern in geheimer Wahl gewählt werden, in der Kommission vertreten sind und diese insgesamt 21 Mitglieder zählt. Der Präsident der Kommission wird von der Generalversammlung sämtlicher Arbeiter der Fabrik, der Kassierer und der Schriftführer werden von der Kommission selbst aus der Mitte ihrer Mitglieder gewählt. Die hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstände in den Sitzungen sind Beschwerden der Arbeiter, die den Akkord, das Bußenwesen, die Unterstützungen 2c. betreffen. Zur Erledigung derselben nimmt entweder der Präsident der Kommission allein mit dem Direktor der Fabrik Rücksprache oder es finden eigentliche Konferenzen der Kommission mit der Geschäftsleitung statt.

Der vorliegende Jahresbericht bietet manche interessante Mitteilungen, weshalb wir ihn auch an dieser Stelle erwähnen. So wird über das Schalten und Walten der Meister, dieser kapitalistischen Unteroffiziere, die in der Regel überall die gleichen sind, geklagt: „Betrübend ist es, daß wir uns beinahe in allen Sitzungen nur mit Bußen aller Art (speziell Material und Werkzeug) und mit Konflikten von Meistern gegen Arbeiter befassen müssen. Es wäre nun zu wünschen, daß in diesen Punkten die Kommission über alle solche Fälle benachrichtigt würde, um an Hand dieser Angaben für einen späteren Bericht eine gewiß nicht uninteressante Statistik erstellen zu können. Auch kommt es vor, daß Meister Mitglieder der Kommission in Ausübung ihres gewiß nicht immer leichten Amtes in allen möglichen Arten schikanieren und denunzieren. Gerade hier möchten wir wünschen, daß in Zukunft der Verkehr zwischen Meisterschaft und den Mitgliedern der Arbeiterkommission als solche überall ein anständigerer und freundlicherer werden möchte. Geht dieser Wunsch in Erfüllung, so können wir die Versicherung geben, daß manche Zwistigkeiten in einer Art geregelt werden, ohne solche Angelegenheiten bei der tit. Geschäftsleitung anhängig machen zu müssen." Weiter wird hervorgehoben, „daß Beschwerden von Arbeitern, auch wenn sie vollberechtigte waren, doch nicht zugunsten derselben erledigt werden konnten. Dieses ist wohl hauptsächlich dem Umstand zuzuschreiben, daß eben die Art der Untersuchungen von Beschwerden unseres Erachtens eine nicht ganz glückliche genannt werden kann, das heißt, weil Kläger und Beklagter gewöhnlich einzeln einvernommen werden. Es wäre entschieden nur von gutem, wenn bei solchen Beschwerdeuntersuchungen beide Teile, wenn immer möglich miteinander vernommen würden." Also eine kontradiktorische Verhandlung, die zur Klarstellung der Sachlage zweifellos das beste wäre. Wo Behauptung gegen Behauptung steht, müßten aber auch Zeugen verhört werden.

Im Berichtsjahr sind endlich die von der Arbeiterkommission schon längst vorgetragenen Wünsche bezüglich einer Lohnerhöhung durch die Geschäftsleitung erfüllt worden; aber wie? Die Kommission sagt hierüber: „Zu bedauern ist nur, daß bei diesem Entgegenkommen die Akkordansätze eher verkürzt, statt gleichzeitig dementsprechend erhöht wurden, was denn auch zur Folge hatte, daß die Befriedigung bei den meisten in Betracht kommenden Akkordarbeitern nicht die gewünschte war." Es wurden also die Taglöhne erhöht, gleichzeitig aber die Akkordlöhne eher verkürzt. Nun arbeiten in der Lokomotivfabrik die meisten Arbeiter in Akkord, so daß für sie nur der Akkordlohn praktische Bedeutung hat und der Taglohn eine bloße theoretische Lohnform ist. Indem nun die Fabrikleitung nur die Taglöhne erhöht, die Akkordlöhne aber eher verkürzt hat, hat sie mit ihrer „Lohnerhöhung" die Arbeiter nicht nur zum Narren gehalten, sondern zum Teil auch direkt geschädigt.

Anerkannt wird von der Kommission, daß in den Werkstätten Luft und Licht den gesundheitlichen Anforderungen entsprechen und die Einrichtungen und Maschinen das neueste einer modern eingerichteten Fabrik bieten. Das neue Drehereigebäude aber, das durch kahle Umfassungsmauern von der übrigen Welt abgeschlossen ist, wird in dem Bericht zutreffend mit einem Zuchthaus verglichen.

Für ihre finanziellen Bedürfnisse erhebt die Kommission von den Arbeitern einen Beitrag, der durch die Fabrikleitung vom Lohne abgezogen wird und der bei zirka 1200 Arbeitern im Jahre 1904 die Summe von 512,60 Fr. ergab. Die gesamten Einnahmen betrugen 1281,10 Fr., die Ausgaben 307,10 Fr., so daß der Kassenbestand 974 Fr. beträgt. Ausgegeben wurden 60 Fr. für Druckarbeiten, 225,20 Fr. Sitzungsgelder und Entschuldigungen der Revisoren, 15 Fr. Trauerbuketts und Karten für verstorbene Mitglieder u. s. w.

Die Lokomotivfabrik beschäftigt fast ausschließlich Schweizer Arbeiter, wie sie andererseits auch fast ausschließlich für die Schweizer Eisenbahnen arbeitet.

Der Bericht zeigt, daß die Kommission wohl versteht, von der Freiheit der Meinungsäußerung Gebrauch zu machen, daß aber ihr tatsächlicher Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse in der Fabrik sehr gering ist — wie überall. Die „konstitutionelle Fabrik" ist eben wie die konstitutionelle Monarchie nur ein etwas gemilderter Absolutismus. Tatsächliche Macht gegenüber dem Kapital kann den Arbeitern nur eine gute gewerkschaftliche Organisation gewähren.

Der neue deutsch-schweizerische Handelsvertrag ist vom Schweizer Bundesrat in einer Extraausgabe des Schweizer Bundesblattes im Umfang von 214 Seiten veröffentlicht worden. Der deutsche Zoll ist in Mark, der schweizerische in Franken angegeben. Der Vertrag bringt durchwegs Zollerhöhungen für beide Vertragsländer, wobei sich die einzelnen Ansätze vielfach zwischen den gegenwärtig geltenden Vertragszöllen und den Ansätzen in den neuen Zolltarifen halten. So ist der Schweizer Eisenzoll von 4 auf 4,50 Fr. pro Doppelzentner erhöht, für Eisenbahnmaterial von 1,70 auf 2 Fr. und 3 Fr., für Dampfmaschinen von 4 auf 5 Fr. (immer pro Doppelzentner), für Dampfkessel von 30 auf 35 Fr., Strickmaschinen von 4 auf 10 Fr., Nähmaschinen von 4 auf 8 Fr., landwirtschaftliche Maschinen von 4 auf 7 Fr. u. s. w. Der Zoll für Buchdruckmaschinen bleibt mit 4 Fr. unverändert. Für einige wenige Artikel ist der Zoll herabgesetzt worden, so zum Beispiel für die Musikwerke von 50 auf 30 Fr. Der deutsche Zoll auf Feilen ist von 15 auf 20 und 28 Mk. erhöht, für Dampfmaschinen 2c. von 24 auf 75 Mk., auf Webstühle von 3 auf 4 Mk. u. s. w. Verschiedene Zölle wurden ermäßigt, so namentlich die Uhrenzölle, oder auch unverändert beibehalten.

Bedenklich erhöht sind auch die Schweizer Agrarzölle, so der Ochsenzoll von 15 auf 32 Fr., der Kuhzoll von 18 auf 30 Fr., der Zoll auf Jungvieh von 12 auf 20 Fr. u. s. w. Auf jeden Fall werden für die Schweizer wie für die deutsche Arbeiterschaft die Preise für die wichtigsten Lebensmittel, wie Fleisch, empfindlich gesteigert und so der ganze Lebensunterhalt verteuert werden. Auf der anderen Seite erschweren die vielfach erheblich erhöhten Industriezölle den gegenseitigen Warenaustausch, der wahrscheinlich eine Einschränkung erfahren wird. Verteuern die Industriezölle die alltäglichen Bedarfsartikel des Arbeiters ebenso wie die Agrarzölle die Lebensmittel, so werden sie möglicherweise gleichzeitig auch die Arbeitsgelegenheit vermindern, die Arbeitslosigkeit vermehren, die Lohnverhältnisse schlechter gestalten und so die ganze Lebenslage verschlimmern.

So bedroht die neue Zollära das arbeitende Volk mit neuem schwerem Unheil!

—r.

Die neuen Handelsverträge.

(Schluß.)

Über den Handelsvertrag mit Belgien wird von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung folgendes mitgeteilt:

Unser Maschinenexport, der nach der belgischen Statistik 1902 einen Wert von 26 Millionen Franken, nach der deutschen 1903 einen solchen von 13½ Millionen Mark darstellte, genießt in Zukunft insgesamt festgelegte Sätze mit Ausnahme des Zolls auf Lokomotiven, Lokomobilen, Dampfturbinen, elektrischen Maschinen, Molkereimaschinen und Kratzenbeschlägen. Trotz der Ausnahmen, die noch nicht den vierten Teil unserer gesamten Maschinenausfuhr nach Belgien ausmachen, ist die nunmehr erreichte starke Erweiterung des bisherigen Zugeständnisses für die Fortentwicklung unseres Maschinenhandels mit Belgien von maßgebender Bedeutung. In den Anmerkungen ist Vorsorge getroffen, daß die Zölle für zusammengesetzte Maschinen auch dann zur Anwendung gelangen, wenn die Maschinen in zerlegtem Zustand und in Teilsendungen eingehen. Diese Abmachungen sind für die Lieferung größerer Maschinenanlagen von Wichtigkeit. In einer weiteren Anmerkung ist bestimmt, daß elektrische Kabel als mechanische Vorrichtungen behandelt werden sollen, deren Zölle gebunden worden sind. Die Beanstandung des Begriffes der elektrischen Vorrichtungen ist bei der Höhe unseres Interesses an der Ausfuhr von Kabeln nach Belgien nützlich. Für Eisen- und Stahlerzeugnisse sind die Zugeständnisse des alten Tarifs nicht im vollen Umfang erreicht worden, da die Zölle jedoch in ihrem Höchstbetrag 4 Fr. für den Doppelzentner nicht übersteigen, und im Verhältnis zu den Zöllen anderer Staaten, nach denen die Ausfuhren sich in niedrigen Grenzen halten, ist ein Rückgang unserer Ausfuhr an Erzeugnissen der Eisenindustrie nach Belgien nicht zu befürchten. Im Schlußprotokoll hat sich Belgien verpflichtet, bei Einführung eines neuen Zolles für Draht oder Stäbe den Satz von zwei Franken für bloß geschweißte, oder gezogene Rohre von mehr als 25 Millimeter denselben Satz, für andere Röhren den Satz von 4 Fr. nicht zu überschreiten.

Der Vertrag mit Italien enthält einen Artikel, nach dem die Frage der Anwendung der Arbeiterversicherungsgesetze auf die deutschen Arbeiter in Italien und umgekehrt geprüft werden soll. Über die Eisen-2c.-Zölle erfahren wir folgendes:

Bei der Kategorie „Erze, Metalle und Metallwaren" war für die zahlreich geäußerten Wünsche der deutschen Industrie auf Herabsetzung der italienischen Zollsätze ein Erfolg nur in sehr beschränktem Umfang zu erwarten, vielmehr war als erreichbares Ziel die möglichste Sicherung des italienischen Marktes in seinem gegenwärtigen Umfang durch Aufrechterhaltung der derzeitigen Absatzbedingungen und, wenn möglich, darüber hinaus eine Erleichterung der Einfuhr durch Konzessionen für Einzelheiten und durch Aufhebung besonders lästiger Bedingungen zu erstreben. Von Einzelheiten heben wir hervor: Bei Gußwaren, Schmiedeeisen und Stahl, einfach geschmiedet oder zu Draht gezogen oder zu Blech gewalzt, Röhren aus Eisen- oder Stahlblech, Schmiedeeisen und Stahl, geschmiedet oder gegossen, in groben Arbeiten sind die bisherigen Absatzbedingungen, zum Teil unter erweiterter Festlegung, gesichert. Bei Schmiedeeisen und Stahl zweiter Bearbeitung stehen sich aufgegebene und neu errungene Konzessionen gegenüber; die letzteren bestehen im wesentlichen in der günstigeren tariflichen Behandlung des Lackierens und Polierens, infolge deren sich ein Plus zugunsten unserer künftigen Ausfuhr ergeben dürfte. Für die Fertigfabrikate aus Eisen und Stahl der Nummern 22—24 sind die bisherigen Zugeständnisse mit Ausnahme der Sensen und Sicheln erlangt und neu Herabsetzungen für die leichteren und leichten Werkzeugmaschinen auf 14 und 16 Lire eingeräumt. In den die übrigen unedlen Metalle, ihre Halb- und Fertigfabrikate betreffenden Positionen sind die bisherigen Verhältnisse in allem Wesentlichen beibehalten. Hier enthält der Tarif für Waren aus Kupfer, Messing und Bronze verschiedene nicht unwichtige Zugeständnisse durch Bindung der Zollsätze für Draht in der Stärke von mehr als 0,5 Millimeter, für nicht vergoldete oder versilberte Arbeiten und endlich für alle nicht besonders aufgeführten Waren aus Kupfer, Messing und Bronze mit alleiniger Ausnahme der Schrauben- und Schrarbenbolzen. Diese Zugeständnisse sichern erhebliche deutsche Ausfuhrwerte. Die Konzession für die vergoldeten oder versilberten, Kupfer- u. s. w. Waren, die den Export der deutschen sogenannten unechten Bijouterie schützen soll, findet ihre Ergänzung in der Anmerkung zu dieser Position, welche hierher auch die mit Gold oder Silber belegten oder plattierten Waren verweist, soweit sie nicht derzeit ausdrücklich der echten Bijouterie oder den Kurzwaren gleichgestellt sind. Andererseits hat sich Italien vorbehalten, daß im Falle einer Erhöhung des Zolles auf Kupfer in Blöcken u. s. w. die für Kupfer- u. s. w. Draht und die für die nicht besonders aufgeführten Waren aus Kupfer u. s. w. vereinbarten Zollsätze eine Erhöhung in entsprechendem Verhältnis erfahren können. — Einem Wunsche speziell der Lüdenscheider Industrie entspricht die Anmerkung zu Nr. 230, die die vernickelten Zinkwaren den verzierten oder lackierten Zinkwaren der Nr. 230c Ziffer 2 im Zollsatz gleichstellt und namentlich ihre Verzollung als Nickelwaren zu 100 oder 80 Lire ausschließt. — Die Maschinenindustrie erhält ihre alten Konzessionen für Maschinenkessel, Werkzeugmaschinen, die einzelnen Maschinenarten der Nr. 240 mit Ausnahme allein der Bindung für die uns weniger interessierenden Maschinen der Nr. 240b und der Kratzen ohne Garnitur. Überdies sind folgende neue Zugeständnisse erreicht: Nähmaschinen ohne Gestell zahlen statt 30 nur 25 Lire. Ferner hat sich Italien verpflichtet, den derzeitigen Zustand nicht zum Nachteil unseres Exportes zu verändern für Spinnereimaschinen, Maschinen und Stühle für Weberei mit Ausschluß der Strumpfwirkerstühle, Maschinen und Apparate zur Fabrikation von Papier und Papiermasse. Unseren Bedürfnissen entsprechend ist die Einfuhr zerlegter Maschinen geregelt worden. Für die Ausfuhr aller getrennt eingehenden Maschinenteile ist jetzt der Zollsatz von 11 Lire gebunden, ausgeschlossen bleiben Teile von Dynamo-, elektrischen und von Nähmaschinen. Auch abgesehen von der Herabsetzung des Zolles für die Nähmaschinen ohne Gestell erscheint somach unsere Ausfuhr von Maschinen und Maschinenteilen durch den vorliegenden Vertrag in erheblich größerem Umfang geschützt, als durch den geltenden deutsch-italienischen Handelsvertrag. Apparate und Instrumente behalten ihre bisherige Situation, für erstere ist der durch den Schweizer Vertrag erwirkte Zoll von 18 Lire uns zu eigenem Rechte eingeräumt, letztere erhalten wieder die vertragliche Ermäßigung des Zolles von 75 auf 30 Lire. Für elektrische Lampen hat sich Italien eine besondere Tarifierung vorbehalten, alsdann soll aber der Zoll für Glühlampen 5 Lire für 100 Stück und der für Bogenlampen 60 Lire für 100 Kilogramm nicht übersteigen. Glühlampen sind ein wichtiger Exportartikel für Deutschland. Es ist anzunehmen, daß auch der Maximalzoll von 5 Lire für 100 Stück ihren Export noch gestatten würde. Für unsere Edelmetallindustrie sind alle bisherigen Zugeständnisse, abgesehen von der Bindung für auf Seide gesponnenes Gold und Silber, wieder erwirkt und die auf Grund des Schweizer Vertrags mitgenossenen Ermäßigungen für Schmuckwaren jetzt tariflich gesichert. Bei unserer Uhrenindustrie ist beobachtet worden, daß wir zwar nur einen verschwindenden Export an fertigen Uhren, aber eine erhebliche Ausfuhr an Uhrfurnituren haben. Es entspricht den Interessen dieser Industrie, wenn gegen Verzicht auf die bisherigen Zugeständnisse für die fertigen Uhren, für die eine zur Wiederbelebung des Exportes hinreichende Ermäßigung doch nicht erreichbar war, die Schweizer Konzession für Furnituren, Ermäßigung von 100 auf 50 Lire, an deren Fortbestand die Schweiz kaum Interesse hatte, vertraglich gesichert wurde. In der gesamten Kategorie der Metalle 2c. sind unsere Interessen für Waren in Höhe von annähernd 60 Millionen durch tarifliche Vereinbarungen gesichert.

Im russischen Tarifvertrag bleibt für folgende Artikel der gegenwärtige Zoll bestehen:

Stab- und Sorteneisen und Stahl, zum Teil Gold- und Silberarbeiten, Blattgold und Silber, Goldund Silbergespinnste, gußeiserne Gußstücke, nicht besonders genannte Eisen- und Stahlwaren, eiserne und stählerne Dampfkessel, Vorhängeund Einsatzschlösser, sowie Schrauben, Kratzen und Kratzenbänder, Messerwaren, Zinnfolie, nicht besonders genannte Maschinen, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, sowie Ersatzteile, Wagen zum Wägen, physikalische u. s. w. Instrumente und Apparate, Uhrwerke mit Einschränkungen, Flügel, Klaviere, nicht besonders genannte musikalische Instrumente. Die Zölle wurden erhöht für Eisenblech (auf 1,05 und 1,50 Rubel, 1 Silberrubel = 3,22 Mk.), Stahlblech (desgleichen), Zink in Blöcken u. s. w. (0,70), in Blechen (1,25), verschiedene Waren aus Kupfer (9, 8, 21), eiserne Gußwaren (4,20), nicht besonders genannte Eisen- oder Stahlwaren (4,20), Weißblechwaren (4), Nähnadeln und andere Nadeln (1,20), Nähmaschinennadeln (2), feine Messerwaren (60), Strohhäckselmesser, Schaufeln, Spaten, Gabeln, Harken, Erdhauen, Hacken, Kreuzhauen und Pickel (1,80), Werkzeug für Handwerker u. s. w (2,50 und 1,30), Lithographiesteine (1,50), Bronzierpulver (5), Gas- oder Petroleummotoren, Dampfmaschinen, Lokomobilen, Lokomotiven, Dampfwaggons, Dampfdraisinen und elektrische Fahrzeuge, typographische und lithographische Druckmaschinen, Papiermaschinen, Holzbearbeitungsmaschinen, außer Gattersägen (die mit 2,10 verzollt werden), Pumpen und Handfeuerspritzen, Kompressoren, Eis- und Kühlmaschinen, Nähmaschinen, sowie Ersatzteile dieser Maschinen (3,20), Maschinen für Metallbearbeitung, außer Walzenstühlen und Dampfhämmern (die mit 2,10 verzollt werden), Dampffeuerspritzen, Wassermesser, Gasmesser, Schreibmaschinen sowie Ersatzteile (4,20), Maschinen aus Kupfer oder Kupferlegierungen (8), Teile und Ersatzteile von letzteren (8), Teile von anderen Maschinen (4,20), elektrotechnische Meßapparate (12), zweirädrige Fahrräder (30).

Für feine Kupferwaren tritt eine Erhöhung von 0,60, für gröbere von 1,52 und 2,52 Rubel ein; da sich jedoch der Rohkupferzoll gleichfalls erhöht, so dürfte der Aufschlag sich nicht in voller Höhe geltend machen. An groben Kupferwaren haben wir für annähernd 3 Millionen, an feinen für 400000 Rubel eingeführt. Gußstücke und Gußeisenfabrikate repräsentieren trotz erheblichen Rückganges noch einen Ausfuhrwert von 2,4 Millionen Mark. Für erstere ist der alte Satz erhalten, für die letzteren ist dies nicht gelungen. Geblieben ist auch der Zollsatz für nicht besonders genannte Eisen- und Stahlwaren, desgleichen für feinere Kesselarbeiten.

Die Denkschrift führt aus, daß die russische Eisenindustrie im Laufe der Jahre derart erstarkt ist, daß viele Erzeugnisse von ihr zu denselben oder annähernd denselben Preisen hergestellt werden wie in Deutschland. Die Ausfuhr solcher Erzeugnisse aus Deutschland nach Rußland ist daher unlohnend geworden. Vielfach findet nur noch deutsche Qualitätsware einen Markt. Dieser wird bei den bisherigen Vertragszöllen und selbst bei höheren Zöllen erhalten werden können. Eine Minderung des Zollschutzes für die russische Eisenindustrie war nicht zu erreichen, teilweise eine Verstärkung dieses Schutzes nicht hintanzuhalten.

Für lackierte emaillierte Blechwaren ist ein Zoll von 4 Rubel durchgesetzt worden, bei dem unsere auf 1 706 000 Rubel gestiegene Ausfuhr wird bestehen können. Dasselbe ist zu erwarten trotz der erhöhten Zölle für Schaufeln, Spaten 2c. auch für unsere Werkzeugausfuhr von 2 238 000 Rubel ist die Festlegung selbst erhöhter Zölle noch von Wert.

Die für uns außerordentlich wichtige Tarifposition für Maschinen und Apparate hat im neuen Tarif manche Änderungen erfahren. Die in Ziffer 1a untergebrachten, nicht besonders genannten Maschinen, bei welchen das Hauptinteresse unserer Ausfuhr liegt, behalten den alten Vertragssatz von 2,10 Rubel, für die Ziffern b (Motoren, Papiermaschinen, Lokomotiven u. s. w.) und c (Maschinen für Metallbearbeitung u. s. w.) sind die bisherigen Vertragszölle zwar nicht mehr erreicht, es ist aber eine Ermäßigung des autonomen Zolles auf 3,20 respektiv 4,20 Rubel erzielt worden. Unsere Ausfuhr ist hier recht erheblich. Sie betrug im Durchschnitt der Jahre 1900 bis 1902 bei den Maschinen der Ziffer 1a 13,3, bei den Maschinen der Ziffer 1b 4,7 Millionen Rubel und bei den Maschinen der Ziffer 1c 731 000 Rubel. An der Gesamteinfuhr dieser Maschinen nach Rußland war Deutschland im Durchschnitt der genannten Jahre mit mehr als 50 Prozent beteiligt. Die für unsere Ausfuhr (über 4½ Millionen) wichtigen, nicht besonders genannten landwirtschaftlichen Maschinen behalten ihren bisherigen Vertragssatz von 0,75 Rubel. Die physikalischen Instrumente, die bisher einen niedrigeren und einen höheren Zollsatz trugen, werden künftig durchweg zu dem niedrigen Satz von 9 Rubel verzollt. Dieses Zugeständnis ist, da unsere Einfuhr (zuletzt noch 2,4 Millionen) 80 Prozent der Gesamteinfuhr beträgt, von größerer Tragweite.

Eine bedeutende Verschlechterung erfahren die Handelsbeziehungen zu Rumänien, indem die bisherige Zollfreiheit für verschiedene Artikel aufgehoben und Zölle eingeführt werden. Diese Wandlung zum Schlechtern betrifft zum Beispiel Roheisen, Eisenbahnzeug, Stab- und Rundeisen, Eisenbahnschienen. Andererseits sind die gegenwärtigen Zölle vielfach erhöht worden, so die für Fassoneisen, Eisenblech und gezogene Rohre und zwar ist die Erhöhung eine ganz bedeutende. Stab- und Bandeisen würde danach vertragsmäßig für dreierlei verzollt, ebenso Rundeisen und Walzdraht, Fassonschienen, Eisenblech mit fünf, sechs und acht Lei, gezogene Röhren (nicht bearbeitet) mit sieben, Eisendraht u. s. w. mit neun Lei. (1 Lei = 80 Pf.) Beträchtliche Erhöhungen erfahren auch Zölle auf Draht, Stacheldraht, Drahtseile und Drahtwaren. Auch die Erzeugnisse der Kleineisenindustrie werden mit höheren Zöllen belastet. Auf einige wichtigere Ausfuhrartikel, wie Schlosserwaren, Feilen, Werkzeuge, Schaufeln und Spaten sind ermäßigte Zölle erreicht worden. Für die polierten Messerwaren aus Stahl konnte der bisherige Satz von 100 Lei wiedererlangt werden. Landwirtschaftliche Geräte, Lokomobilen und landwirtschaftliche Maschinen waren bisher zollfrei, nun sind sie mit 4 Lei belastet. Nähmaschinen waren bisher ebenfalls zollfrei, in Zukunft sind sie mit 20 Lei zu verzollen. Die Schwarzwälder Uhrenindustrie hat die bisherigen Vergünstigungen wieder erreicht.

Auch der deutsch-serbische Vertrag bringt mehrfach an Stelle der gegenwärtigen Zollfreiheit Zollbelastung. Im einzelnen wird folgendes angeführt:

Eiserne Träger, Stab- und Bandeisen, Fassoneisen unterliegen einem gemeinsamen Vertragssatz von 2,50 Dinar (1 Dinar = 81 Pf.) gegenüber einer bisherigen Gesamtbelastung von 2,70 bis 5 Dinar.

Gewalzte und gezogene Röhren, die Erzeugnisse der Kleineisenindustrie und der Schlosserei finden ihre Interessen im wesentlichen wie bisher gewahrt. Die Solinger Industrie wird für gewöhnliche Messerwaren gegenüber dem bisherigen Zollsatz von 35 Dinar und der Ortsbelastung einen einheitlich auf 60 Dinar ermäßigten Zoll tragen. Der Bau- und Handelsguß, insbesondere der ganze Maschinenguß erhält in Position 575 nach dem Gewicht gestaffelte Zollsätze von 6 bis 12 Dinar für die rohen und gewöhnlich bearbeiteten Waren, 12 bis 24 Dinar für die fein bearbeiteten. Diese Sätze halten sich innerhalb der bisherigen Durchschnittsbelastung. Für Schmiedestücke, Temperguß und Stahlguß der Position 547 ist zunächst für die schweren Waren eine neue Staffel mit einem Stückgewicht von mehr als 100 Kilogramm und Zollsätzen von 10 bis 16 Dinar geschaffen worden. Außerdem sind die höheren Staffeln auf 14, 18 und 24 Dinar für die groben und gewöhnlich bearbeiteten Waren, 20, 27 und 40 Dinar für die fein gearbeiteten Waren ermäßigt worden. Danach wird die Belastung die gleiche bleiben. Kupferdraht und Blech wird roh oder gewöhnlich bearbeitet nach der Stärke mit 20 und 30 Dinar, fein bearbeitet mit 30 und 40 Dinar verzollt, entsprechend der bisherigen Belastung. Kupferne und messingene Kesselschmiedearbeiten (Position 617) werden mit 80 Dinar für die rohen, 100 für die gewöhnlich bearbeiteten und 130 für die fein bearbeiteten Waren exportfähig bleiben.

Die Nürnberger Industrie der leonischen Waren wird ihr Interesse finden bei der Bindung der Sätze von 300 und 250 Dinar für vergoldete und versilberte Drähte. Herabsetzung des Zolles für Gespinnste mit Seidenkern auf 500, anderem Kern auf 400 Dinar, für Waren aus solchen Gespinnsten einheitlich auf 600 Dinar. Nähmaschinen, bisher zollfrei, werden einem Vertragssatz von fünf Dinar unterworfen. Die unbestimmte Position für Maschinen und Apparate Nr. 641, bisher zollfrei, ist zur Sicherung von 20 Dinar auf sechs Dinar ermäßigt worden, für Dynamos mit gleichzeitig eingeführtem Zubehör und Bestandteilen ist ein Staffeltarif nach dem Gewicht mit 15, 22 und 30 Dinar vereinbart worden, der für unsere Ausfuhr kein Hindernis ist. Für Transformatoren u. s. w. ist der Zollsatz von 20 Dinar als angemessen gebunden worden. Elektrische Kabel und isolierte Drähte mit Metallmänteln werden zu dem ermäßigten Vertragssatz von 20 Dinar, mit Schutzhüllen aus Papier oder Baumwollgespinst zu den gebundenen Sätzen von 20 und 30 Dinar verzollt. Eine erhebliche Ermäßigung für die ganze Position. Der Rest der Elektrotechnik findet sich in folgender gleichfalls günstigen Situation.

Die Gruppe der Schwachstromtechnik hat mit einem Vertragssatz von 60 Dinar eine Erleichterung um die Hälfte gegen jetzt erfahren, Meßapparate, Schalter-Sicherungen u. s. w. tragen gleichmäßig für die verschiedenen in Frage kommenden Verwendungszwecke einen Satz von 75 Dinar, der gleichfalls Erleichterung um die Hälfte bedeutet. Demselben Satz unterliegen Fassungen elektrischer Lampen, montierte Kugeln und Birnen werden wie die Glühlampen mit 120, Bogenlampen mit 60 Dinar verzollt. Die wissenschaftlichen Instrumente der Position 659 erhalten mit 125 Dinar ebenfalls erleichterte Bedingungen. Klaviere, Harmoniums werden mit 135 Dinar ihre bisherigen Absatzverhältnisse finden. Der notleidenden Mundharmonikaindustrie bringt der Vertragssatz von 60 Dinar eine erfreuliche Erleichterung. Für Wanduhren und Uhren nach amerikanischem System, Erzeugnisse der südwestdeutschen Uhrenindustrie ist der autonome Satz von 250 Dinar vertraglich auf 120 Dinar herabgesetzt worden. —

Eine völlige Neuheit in den Zolltarifen und Handelsverträgen ist die Staffelung verschiedener Artikel, so beispielsweise von Gußstücken und Maschinen nach dem Gewicht. Diese Neuerung haben die deutschen Hochschutzzöllner erfunden und sie haben nun die wohl ihnen selbst sehr unangenehme „Genugtuung" erhalten, daß das nachahmungslustige Ausland die Neuerung nachmachte. Schlechte Beispiele verderben gute Sitten!

Im ganzen sind die sieben neuen Handelsverträge durchwegs schlechter als die bestehenden, sie erhöhen an allen Grenzen die Zollschranken und verhöhnen so in blutigster Weise alle modernen Verkehrmittel, die Freiheit des Verkehrs, des internationalen Warenaustausches, wofür sie Behinderung und Unterbindung bedeuten. Die Folge der schlechten neuen Handelsverträge im Zeitalter der Syndikate wird eine weitere Ausbildung jener verderblichen Preispolitik sein, die zu allen Preisen große Produktenmengen auf den Weltmarkt wirft, durch diese Schmutzkonkurrenz die Preise wie die Arbeitslöhne herabdrückt, sich dafür aber an maßlosen Wucher- und Monopolpreisen im Inland schadlos hält. Dadurch wird wieder die Konkurrenzfähigkeit der hiervon betroffenen Industrien geschwächt, welche verderbliche Wirkung zum Rückgang der Produktion, zur Verminderung der Arbeitsgelegenheit, zur Verschlechterung der Arbeitsgelegenheit, zu großer Arbeitslosigkeit führen muß. Weiter wird dadurch die Kapital- und Betriebskonzentration, die Kartellierung, Syndizierung und schließliche Vertrustung der Industrien gefördert und so der Ruin zahlreicher Existenzen herbeigeführt. Auf die Züchtung von Millionären, die sich schon Bismarck angelegen sein ließ, auf der einen, auf die Proletarisierung weiterer Volksschichten auf der andern Seite läuft schließlich die ganze neue Zoll- und Handelspolitik hinaus. Gleichen Schritt damit hält die Verschärfung der Abhängigkeit der Arbeiter vom Kapital, der auf ihnen lastende Druck, der kapitalistisch-industrielle Feudalismus.

Aber das offizielle Raisonnement der offiziösen Norddeutschen Allgemeinen Zeitung redet einseitig nur von den Zollveränderungen des Auslandes und verschweigt ganz die Änderungen in den deutschen Zöllen, die einmal die Einfuhr von Rohstoffen erschweren und verteuern, durch die hohen Industriezölle die Preistreiberei im Inland begünstigen und sodann durch die agrarischen Wucherzölle alle Nahrungsmittel verteuern, eine gute Ernährung den Volksmassen erschweren und geradezu verunmöglichen, die ganze Lebenshaltung kostspieliger und schlechter gestalten.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht in der bürgerlichen Presse die Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer über den grünen Klee gelobt werden. Auch der Reichskanzler Graf v. Bülow glaubte in der Reichstagsitzung vom 20. Januar den privaten Wohlfahrtseinrichtungen ein besonderes Lob zollen zu müssen, indem er sagte: „Unsere Aufgaben werden uns zwar erleichtert durch die Sozialgesetzgebung und durch die großartigen freiwilligen Wohlfahrtseinrichtungen der Privaten." Die organisierten Arbeiter stehen aber auf einem ganz anderen Standpunkt, der auch schon öfter in der Arbeiterpresse klargelegt wurde. Selbst die Arbeitgeber-Zeitung hat ja vor noch nicht gar langer Zeit unsere Ansichten von den Wohlfahrtseinrichtungen bestätigt. Wir wissen, daß die Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer nicht aus ehrlichen Motiven entsprungen sind, sondern, daß sie nur Mittel zum Zwecke sind, um die Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern und zu willenlosen Sklaven zu machen.

Einen Beweis dafür liefert uns wieder die Ilseder Hütte und das Peiner Walzwerk, die ein gemeinsames Unternehmen bilden. Wie so eine vielgerühmte Wohlfahrtseinrichtung aussieht? Trotz der sehr niedrigen Löhne brachte es dieses Unternehmen in den letzten Jahren fertig, Dividenden zu verteilen, wie sie sehr selten vorkommen. Die Ilseder Hütte verteilte seit 1895 folgende Dividenden: 1895 23 Prozent, 1896: 53⅓, 1897: 54⅔, 1898: 52⅔, 1899: 70, 1900: 50, 1901: 40, 1902: 40, 1903: 52 Prozent.

Daß diese hohen Dividenden verteilt werden konnten, dazu trugen, das kann man ruhig behaupten, die „Wohlfahrtseinrichtungen" ein gutes Stück dazu bei. In der Nr. 47 der Metallarbeiter-Zeitung vom vorigen Jahre ist schon angeführt, was Dr. Oskar Stillich in seiner Schrift „Eisen und Stahlindustrie" darüber sagt. Des Zusammenhanges wegen rekapitulieren wir seine Ausführungen nochmals kurz, um ihnen weiteres anzufügen. Die wichtigsten Wohlfahrtseinrichtungen der Ilseder Hütte sind: Die Knappschaftskasse, die Sparkasse und die Arbeiterkolonien. Jeder Arbeiter muß bei seiner Annahme einen vollen Tagesverdienst als Beitrittsgeld bezahlen und einen laufenden Beitrag, der 3 Pf. von jeder Mark des verdienten Lohnes beträgt. Sobald der Arbeiter aber sein Arbeitsverhältnis aufgibt, geht er aller Rechte verlustig, selbst bei der längsten Beitragszahlung. Natürlich kann der Knappschaftsvorstand Ausnahmen gestatten. Was das letztere bedeutet, wissen die Arbeiter wohl am besten.

Die Sparkasse der Ilseder Hütte wurde im Jahre 1869 gegründet, im Jahre 1887 die des Peiner Walzwerkes. Die Sparkasse wurde, wie es in der Jubiläumsschrift heißt, aus zwei Gründen ins Leben gerufen: erstens um die Arbeiter wirtschaftlich zu erziehen und zweitens, um sie gegen die Lehren der Sozialdemokraten zu immunisieren. Jeder Arbeiter hat das Recht, Einlagen bis zum Betrag von 1500 Mk. zu machen. § 8 des Statuts besagt: In dem Jahre, in welchem die Ilseder Hütte an ihre Aktionäre mehr als 5 Prozent Dividende verteilt, erhalten diejenigen Einlagen, welche während des ganzen Kalenderjahres bei der Ilseder Hütte belegt waren, einen Überzins, welcher zuzüglich der 5 Prozent Zinsen mit dem an die Aktionäre zur Verteilung kommenden Dividenden übereinstimmt, jedoch wird nicht mehr als 20 Prozent (5 Prozent und 15 Prozent Überzins) bezahlt. Beim Peiner Walzwerk werden nur 10 Prozent vergütet, auch wenn an die Aktionäre ein höherer Betrag zur Verteilung gelangt. Der Arbeiter der Ilseder Hütte, der der Sparkasse nach und nach 1500 Mk. übergeben hat, erhält jährlich von ihr eine Rente von 300 Mk. Dieser Zins ist hier ein besonders hoher, aber die Ilseder Hütte bringt dieses Opfer nicht umsonst. Dr. Stillich sagt darüber: „Die Ilseder Hütte benutzt diese 300 Mk. dazu, um die Löhne zu stabilisieren, das heißt, sie übt auf den sparenden Arbeiter einen Druck aus in der Richtung, daß er zu dem bisherigen Lohne im Dienste der Gesellschaft bleibt, andernfalls hört die Verzinsung mit einem Schlage auf, sein Guthaben wird gekündigt. In § 14 heißt es ähnlich: Die Ilseder Hütte behält sich das Recht vor, sämtliche oder einzelne Guthaben der Sparer zu kündigen und jederzeit sofort auszubezahlen. In § 15 heißt es: Entlassene oder sonst außer Dienst kommende Inhaber der Sparbücher haben beim Austritt des Dienstverhältnisses ihr Guthaben in Empfang zu nehmen, da vom Tage des Dienstaustrittes an die Verzinsung ihres Guthabens aufhört. Die Verzinsung wird also nur unter der Bedingung gewährt, daß der Arbeiter nie seine Arbeit einstellt. Streiks und Lohnbewegungen sind dadurch hintangehalten, es haben dort auch noch keine stattgefunden. Diese Summen, die den Arbeitern auf der einen Seite in der Form von Zinsen gegeben werden, werden ihnen auf der anderen Seite sozusagen direkt am Lohne gekürzt und man kann sie deshalb als Prämien auf niedrigen Lohn bezeichnen.

Wir haben dann noch die Arbeiterkolonie. Als der Betrieb noch klein war, genügten die Arbeiter aus den umliegenden Dörfern. Mit dem Wachsen des Betriebs mußten aber auswärtige Arbeitskräfte herangezogen werden. Um diese aber zu halten, entschloß man sich zu dem Bau von Arbeiterwohnungen. Die Arbeiterwohnungen sind nicht Eigentum des Arbeiters, sondern er hat sie gemietet. Das ist für das Werk sehr wichtig. Das Miethaus bildet für die Aktionäre eine Einnahmequelle, wenn auch keine große. Das Miethaus ist daher ein Mittel, sich einen ruhigen, wenig fluktuierenden Arbeiterstand zu erhalten.

Es kommt dann noch das „eigene Haus" in Betracht, das unter folgenden Bedingungen erworben werden kann: Bauplan und Kostenanschlag unterliegen der Genehmigung der Direktion. Die Hälfte der Baukosten einschließlich der Kosten des Grunderwerbes wird von der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt zu Hannover zur ersten Hypothek mit 3½ Prozent jährlich und für die ersten zehn Jahre unkündbar hergeliehen. Den Rest leiht die Ilseder Hütte unter folgenden Bedingungen: Der Arbeiter hat für das hergeliehene Kapital 3 Prozent Zinsen jährlich zu bezahlen, außerdem zur Tilgung der Schuld 2 Prozent. Es sind also im ganzen 5 Prozent des hergeliehenen Kapitals zu bezahlen. Zur Sicherstellung der Ilseder Hütte hat der Arbeiter eine zweite Hypothek, die unmittelbar auf die für die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt folgt, in der Höhe des hergeliehenen Kapitals eintragen zu lassen. Eine weitere Sicherheit leistet der Arbeiter durch Verpfändung seines Sparkassenguthabens, das Sparkassenbuch muß daher der Ilseder Hütte übergeben werden. Das Kapital ist von der Ilseder Hütte so lange unkündbar, als der Arbeiter im Dienste der Hütte steht. Hört das Arbeitsverhältnis auf, dann ist das Kapital nach sechsmonatlicher Kündigung zurückzubezahlen.

Aus diesen Bestimmungen ist ersichtlich, daß durch die „Wohlfahrtseinrichtungen" die Arbeiter in ihrer Freizügigkeit zu hindern gesucht werden, man will sie an die Arbeitsstelle fesseln. So macht man es unmöglich, daß die Arbeiter Lohnforderungen erheben oder die Arbeit einstellen, obwohl die Löhne sehr niedrige sind. Es verdienen zum Beispiel die Schlosser nur 28 bis 30 Pf. pro Stunde. An Beamtengehältern und Löhnen wurde im Jahre 1901 auf der Ilseder Hütte 5406566 Mk. bei 4591 Arbeitern bezahlt, der durchschnittliche Jahresverdienst betrug 1177 Mk. Dieser Lohn ist aber zu hoch bezeichnet, weil die Beamtengehälter darin enthalten sind. Wieviel Stunden durchschnittlich gearbeitet wurde, ist nicht zu ermitteln, aber Überschichten sind genügend geleistet worden. Den Arbeiterorganisationen ist es hier fast unmöglich gemacht, Bresche zu schlagen, weil die Arbeiter sich vollständig unter der Kontrolle des Unternehmens befinden und bei irgend einer „Verfehlung" dem Hunger und der Obdachlosigkeit preisgegeben werden.

Es sind das traurige Tatsachen, aber trotz aller Schwierigkeiten muß unsererseits unablässig dahin gearbeitet werden, daß auch den unter dem Sklavenjoch der Wohlfahrtseinrichtungen seufzenden Proletariern bald die Sonne der Freiheit aufgeht. Wenn die Sklaven nur erst anfangen würden, sich zu zählen, dann würden sie auch erkennen lernen, welche Macht sie bilden könnten, wenn sie sich vereinigten. Dem Deutschen Metallarbeiter-Verband harrt hier noch eine gewaltige Aufgabe, die aber auch nur ihm zu lösen gelingen wird. Strengen wir daher alle Kräfte an, um unseren gedrückten Arbeitsbrüdern in genannten Werken Erleichterung ihres schweren Loses zu verschaffen.

L. K.

Zum Ausbau unseres Verbandes.

Wohl noch keine Vorlage, die der Vorstand in den letzten zehn Jahren einer Generalversammlung vorgelegt hat, ist so sympathisch von allen Seiten aufgenommen worden, wie die Umwandlung der Arbeitslosen- in eine Erwerbslosenunterstützung. Am meisten dürfte zu dieser Sympathie wohl mit beitragen, daß nun für 10 Pf. das gleiche geboten wird, wie vor zwei Jahren um 20 Pf. Es wird vielleicht eingeworfen werden: Ja, dafür haben wir vor zwei Jahren 10 Pf. mehr bezahlen müssen und fast gar nichts dafür bekommen. Nun, das ist wohl richtig, aber dieser vor zwei Jahren bewilligte Mehrbeitrag von 10 Pf. fließt nicht in die Unterstützungskasse, sondern wird mit als Kampffonds verwendet. Daß aber um 10 Pf. keine Krankenkasse Deutschlands das bieten kann, was uns nach der Vorlage der Vorstand bietet, sieht ein jeder ein, und darum auch der äußerst geringe Widerstand. Möge sich nur die Berechnung des Vorstandes nicht als unrichtig herausstellen!

Der Vorstand darf ob der allseitigen Zustimmung aber nicht glauben, nun das non plus ultra im Unterstützungswesen geleistet zu haben. Die alten Wünsche, Verkürzung oder Abschaffung der Karenzzeit, Erhöhung der Unterstützungssätze u. s. w., werden immer wieder kommen, und schon die Generalversammlung im Jahre 1907 dürfte uns nach meiner Meinung bei wiederum erhöhter Beitragleistung einen von den beiden vorgenannten Wünschen erfüllen.

Nun dürfte es wohl endlich einmal ein Ende nehmen mit dem Lamento eines Teiles unserer Kollegen in den kleineren Orten, daß sie von den Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes ja doch keinen Vorteil hätten, da Arbeitslosigkeit sie viel seltener treffe als die Kollegen in den größeren Städten. Ich bin sogar der Meinung, daß viele der Kollegen allerorts noch einen besonderen Vorteil durch die Umwandlung der Arbeitslosen- in eine Erwerbslosenunterstützung dadurch haben, daß sie aus der einen oder der anderen Zuschußkasse austreten können und dadurch 20 Pf. oder noch mehr wieder ersparen. Wenn man bedenkt, daß man bei einer zweifachen Versicherung gegen Krankheit, sagen wir bei einer Orts- oder Gemeinde- sowie bei der Metallarbeiterkrankenkasse, in den weitaus meisten Fällen noch nicht so viel Krankengeld erhält als man Lohnentgang hat, die Lebenshaltung eines kranken Menschen aber immer teurer kommt als die eines gesunden, so ergibt sich daraus, daß ein vorsorglicher Mann sich notgedrungen noch in einer Zuschußkasse versichern muß. Eine solche Zuschußkasse wird uns nun durch die Vorlage des Vorstandes geboten. Der Vorstand verlangt für eine wöchentliche Unterstützung von 6 bis 10 Mk., die 20 Wochen gewährt wird, 10 Pf. pro Woche. Jede andere Kasse, sie mag sein, wo sie will, muß für eine gleiche Unterstützung mindestens 20 Pf. verlangen. Jeder Kollege also, der bisher in einer solchen Zuschußkasse Mitglied war, kann nun dort ruhig die Mitgliedschaft aufgeben, spart dadurch 20 Pf. Beitrag und kann dann leicht 10 Pf. für den Verband mehr bezahlen.

Auch noch aus einem anderen Grunde begrüße ich die Vorlage des Vorstandes. Schon in Nr. 39 des Jahrganges 1902 habe ich in einem Artikel darauf hingewiesen, wie notwendig es wäre, auch für unsere weiblichen Mitglieder etwas zu schaffen, da dieselben von der Arbeitslosigkeit doch seltener betroffen werden wie ihre männlichen Kollegen, und ich habe dann zugleich vorgeschlagen, die Einrichtung einer Wöchnerinnenunterstützung in unserem Verband in Erwägung zu ziehen. Leider ist damals kein einziger Kollege auf diesen Vorschlag eingegangen, was mir wiederum Zeugnis dafür gab, daß man sich um die Agitation zur Vermehrung unserer weiblichen Mitglieder im Verband nicht gerade mit allem wünschenswerten Eifer hingibt. Nun kommt das, was ich vor 2½ Jahren anstrebte, in anderer Form, eben durch die Umwandlung der Arbeitslosen- in eine Erwerbslosenunterstützung. Für alle die, die sich die Agitation unter den Arbeiterinnen angelegen sein lassen, bietet dieser neue Unterstützungszweig einen vorzüglichen Agitationsstoff. Nach dem Gesetz dürfen schwangere Arbeiterinnen drei Wochen vor der Entbindung nicht mehr beschäftigt werden. Andererseits ist aber auf keine Weise dafür Sorge getragen, daß die dadurch betroffenen Arbeiterinnen nicht zugleich dem Hunger preisgegeben sind. Man kann deshalb sehr häufig beobachten, wie schwangere Frauen und Mädchen bis zur letzten Stunde in die Fabrik gehen. Und warum? Aus purer Freude an der gesundheitfördernden Arbeit sicherlich nicht. Hat nun solch eine Proletarierin geboren, so wäre das nächste, daß sie nun einige Wochen sorgenlos nur der Kräftigung ihres Körpers widmen könnte. Auch in diesem Punkte hat die Gesetzgebung gesorgt, aber wie weit? Kein Arbeitgeber darf eine solche Arbeiterin vor Ablauf von sechs Wochen, mit ärztlichem Zeugnis nach vier Wochen, von der Entbindung an gerechnet, beschäftigen. Weiter ist bestimmt, daß Ortskrankenkassen sechs Wochen lang Wöchnerinnenunterstützung gewähren müssen. Diese Wöchnerinnenunterstützung beträgt nun meistens zwischen 4 bis 7 Mk., je nach der Verdienstklasse. Daß eine Arbeiterin mit einer solchen Unterstützung sorgenlos leben kann, wird wohl niemand behaupten wollen. Das ist aber nur ein Bruchteil der Wöchnerinnen, die diese Unterstützung bekommen, denn ein großer Teil der Arbeiterinnen ist an solchen Orten beschäftigt, wo noch die Gemeindekrankenkasse die alleinseligmachende ist, und diese „Krankenkassen" sind nicht verpflichtet, Wöchnerinnenunterstützung zu zahlen. Daß die Gemeindekrankenkassen aber nicht nur an kleinen Orten, sondern auch noch in großen Städten existieren, sehen wir daran, daß Nürnberg mit seinen nahezu 300000 Einwohnern auch noch an dieser Form festhält. Ist aber bei uns die Erwerbslosenunterstützung eingeführt, so wird wohl manche Arbeiterin ihre Gesundheit etwas besser schonen und nicht bis zum letzten Augenblick in die Arbeit laufen. Ist die Unterstützung auch nicht hoch, so schützt sie doch vor der größten Not, nach der Entbindung aber dürfte für die, die das Glück haben, einer Ortskrankenkasse anzugehören, mit der Erwerbslosenunterstützung kein Lohnausfall mehr bestehen und können die Genesenden ruhig ihre gesetzlichen sechs Wochen aushalten, was für Mutter und Kind nur von Vorteil sein kann. Daß dabei der Deutsche Metallarbeiter-Verband etwas leistet, das eigentlich zu den Aufgaben des Vaters Staat gehört, sei nur nebenbei bemerkt.

Wir aber wollen auf dem einmal betretenen Pfade weiterschreiten, Aufgaben zu lösen, die in erster Linie Sache des Staates wären. Zuletzt muß doch auch der Indifferenteste einsehen, daß er seine ökonomische Lage nur durch die Gewerkschaften verbessern kann.

Fürth. Hans Schiller.

* * *

Als vor zwei Jahren der Vorstand den Antrag auf Einführung der Krankenunterstützung auf dem Verbandstag zu Berlin gestellt hatte, war der größte Teil der Kollegen und Kolleginnen gegen den Antrag. Als Grund dafür wurde immer wieder angeführt: erst müsse die Arbeitslosenunterstützung besser ausgebaut sein. Die sechste Generalversammlung brachte ja auch dahingehende Verbesserungen. Nun beabsichtigt der Vorstand nach seinen in Nr. 49 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichten Vorschlägen eine Verbesserung des Unterstützungswesens nach verschiedener Richtung. Allein das, was den Kolleginnen not täte, bringt auch der neue Entwurf des Vorstandes nicht. Die Organisation unter den Arbeiterinnen, die für den Metallarbeiter-Verband in Frage kommen, liegt noch ganz im argen. In der Berechnung des Vorstandes werden 4354 weibliche Mitglieder angeführt, gegen 140143 männliche Mitglieder. Diesen 4354 weiblichen Mitgliedern wäre weit mehr gedient, wenn die Summe der Arbeitslosenunterstützung (Erwerbslosenunterstützung) erhöht würde, als wenn dem Vorschlag des Vorstandes gemäß die Unterstützungsdauer verlängert wird. Als Agitationsmittel kann die Arbeitslosenunterstützung bei den Arbeiterinnen fast gar nicht in Betracht kommen, denn die Unterstützungssätze von 3 bis 5 Mk. sind doch so gering, daß damit nicht einmal die allernotwendigsten Bedürfnisse gedeckt werden können, geschweige, daß irgend eine Kollegin dazu zu bewegen wäre, wegen der geringen Höhe der Unterstützung in die Organisation einzutreten. Was nützt die Berechtigung, eine Unterstützung 20 Wochen lang zu beziehen, wenn diese kaum ermöglicht, eine Woche arbeitslos zu sein, ohne hungern zu müssen. Und dabei trifft es doch zu, daß die organisierten Arbeiterinnen weit eher den Arbeitsplatz verlassen müssen als die nichtorganisierten. Sehr viele Unternehmer, die sich mit der Organisation der Arbeiter haben abfinden müssen, suchen die Organisation der Arbeiterinnen unter allen Umständen zu unterdrücken, und meistens haben sie Erfolg. Die Fluktuation unter den weiblichen Mitgliedern würde nicht so stark sein, wenn ihnen vom Verband eine nennenswerte Unterstützung zuteil würde. Daß dieses bei niedrigen Beiträgen nicht möglich ist, gebe ich ohne weiteres zu. Jedoch soll lieber der Beitrag ein höherer sein, als daß die Arbeiterin gezwungen ist, jede Arbeit anzunehmen und sich alles mögliche gefallen zu lassen, wie es jetzt meistenteils der Fall ist. Wenn statt der 5 Pf. Erhöhung, die der Vorstand für die weiblichen Mitglieder vorschlägt, eine Beitragserhöhung von 10 Pf. auch bei diesen Mitgliedern eintreten würde und die Bezugszeit so bestehen bliebe wie jetzt, die Unterstützungs-

sätze pro Woche aber gegen jetzt verdoppelt würden, dann würde meiner Überzeugung nach den Wünschen der organisierten Metallarbeiterinnen mehr Rechnung getragen und gleichzeitig ein Mittel mehr geschaffen werden, um in die indifferenten Massen der Arbeiterinnen den Gedanken der Organisation zu tragen. Man mache mir nicht den Vorwurf, daß die Kolleginnen die Erhöhung nicht zahlen können. Zahlen können sie schon und würden es wohl gerne tun, wenn ihnen dafür etwas Positives geboten würde.

Angenehm wäre es mir, wenn meine Anregung sowohl in den Verwaltungsstellen, die besonders mit Metallarbeiterinnen zu rechnen haben, als auch in der Metallarbeiter-Zeitung diskutiert würde, um sich zu Anträgen zum Verbandstag zu verdichten.

Berlin. Auguste Kadeit.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

An unsere Mitglieder!

Wie ihr bereits aus der Tagespresse ersehen haben werdet, ist der große Bergarbeiterstreik auf Vorschlag der Revierkonferenz der Bergarbeiterdelegierten beendet worden. Die Bergleute, die ihren Streik in mustergültiger Weise geführt und sich dadurch die Sympathien nicht nur der Arbeiter, sondern des gesamten deutschen Volkes errungen haben, nahmen dieser Tage ihre schwere, von vielen Gefahren für Gesundheit und Leben bedrohte Arbeit wieder auf. Auf voller Höhe haben sie den Streik abgebrochen, mit der Hoffnung auf gesetzliche Regelung ihrer Wünsche und Forderungen und mit der ausgesprochenen Absicht, daß, wenn die gesetzliche Regelung den billigen Wünschen der Arbeiter nicht entspricht oder ein herrschsüchtiges Grubenkapital die Gesetze mißachten sollte, sofort wieder den Generalstreik zu erklären. Die Arbeitsaufnahme ist aber nicht gleichbedeutend mit sofortigem Verdienst, mit Subsistenzmitteln für die Familien der Bergarbeiter, da sie alle ohne Ausnahme monatliche Lohnzahlung haben, außerdem aber der Kredit bei den Händlern erschöpft ist. Jetzt erst wird die Not — die ohnehin ständiger Gast bei vielen Bergarbeitern ist — erst recht fühlbar bei ihnen einziehen. Daher ist die **weitere Unterstützung der Bergarbeiter,** die in den ersten vier Wochen nach der Arbeitsaufnahme ebenso dringend ist wie während des Streiks, **eine Ehrenpflicht der gesamten deutschen Arbeiter.**

Aus diesem Grunde fordern wir deshalb hiermit unsere Mitglieder auf, in der Geldsammlung für die Bergarbeiter nicht zu erlahmen, sondern ihnen jetzt erst recht materielle Hilfe angedeihen zu lassen. Es darf nicht sein, daß sich die hochmütigen Zechenbesitzer an der Not der Bergarbeiter weiden und etwaige Abschlagsforderungen vom Lohn mit dem Hinweis auf den Streik ablehnen können. Insbesondere ersuchen wir alle die Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedschaften, die erst in den letzten Tagen Extrabeiträge für die Bergarbeiter beschlossen haben, **diese Extrabeiträge** ungeachtet des nunmehr beendeten Streiks **auch voll zu erheben.** Die Bergarbeiter sind der weiteren Unterstützung der gesamten organisierten Arbeiterschaft dringend bedürftig, denn noch ist nicht abzusehen, ob nicht das übermütige Grubenkapital in kurzsichtiger Verblendung Hunderte von Bergarbeitern maßregeln, weitere Zechen stillegen und damit Tausende von Bergarbeitern brotlos machen wird. Treten solche Fälle ein, was nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen der Tageblätter sehr wahrscheinlich ist, dann ist überhaupt nicht abzusehen, ob der Generalstreik wirklich beendet wird. Darum gilt es, weiter zu sammeln und die Bergarbeiter vor äußerster Not durch die Solidarität der Arbeiterschaft zu schützen.

* * *

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 19. Februar der 8. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. Februar 1905 fällig ist.

* * *

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Für lokale Zwecke:

Den Verwaltungsstellen in **Mülhausen i. E.** und **Posen** die Erhebung je eines wöchentlichen Extrabeitrags von 5 Pf. pro Mitglied. (Der Verwaltungsstelle in Mülhausen wurde irrtümlich die Erhebung von 10 Pf. für die Bergarbeiter genehmigt, was hierdurch richtiggestellt wird.)

* * *

Für die streikenden Bergarbeiter im Ruhrrevier und die dadurch zum Feiern gezwungenen Hütten- und Metallarbeiter der rheinisch-westfälischen Großeisenindustrie einen wöchentlichen Extrabeitrag pro Mitglied von:

50 Pf. für männliche und **25 Pf.** für weibliche Mitglieder den Einzelmitgliedern in **Mügeln;**

40 Pf. den Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedern in **Aschaffenburg, Aschersleben, Duisburg, Eisenach, Frankfurt a. O., Gaggenau, Görlitz, Küstrin, Markranstädt, Neiße, Olsnitz, Schmalkalden, Schöningen, Worms, Zeitz;**

30 Pf. den Verwaltungsstellen in **Bremerhaven, Cuxhaven, Itzehoe, Koitbus, Leer, Nordenham, Sebaldsbrück, Osterholz-Scharmbeck, Wittenberge, Zuffenhausen;**

25 Pf. den Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedern in **Flensburg, Neckarsulm, Riesa;**

20 Pf. den Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedern in **Altwasser, Artern, Erlangen, Fürth** (männliche Mitglieder 20 Pf., weibliche Mitglieder 10 Pf.), **Iserlohn, Koburg, Lambrecht, Lechhausen** (männliche Mitglieder 20 Pf., weibliche Mitglieder 10 Pf.), **Meerane, Neu-Ruppin, Neustadt a. H., Oldenburg, Ratibor, Schwabach** (Aluminiumschläger und Nadler, männliche Mitglieder 20 Pf., weibliche Mitglieder 10 Pf.), **Schwiebus, St. Ingbert, Singen, Ulm, Werdau, Zwötzen;**

15 Pf. den Verwaltungsstellen in **Breslau, Eberswalde, Gistrow;**

10 Pf. den Verwaltungsstellen in **Elbing, Ober-Roden, Oberstein, Ohrdruf, Straubing, Wolfenbüttel, Zerbst.**

Ferner **monatlich:**

50 Pf. den Verwaltungsstellen in **Braunschweig, Essen;**

40 Pf. den Verwaltungsstellen in **Bernburg, Schöneberg.**

Außerdem einen einmaligen Extrabeitrag von:

50 Pf. den Verwaltungsstellen in **Naguhn, Reutlingen, Teterow, Ueckermünde;**

40 Pf. den Verwaltungsstellen in **Jauer, Nordhausen, Posen, Zorge a. H.**

* * *

Für die Einzelmitglieder von **Dresden** und **Umgegend** sollen

zwei Beamte für Agitation und Verwaltung

angestellt werden. Diese Stellen werden hiermit zur allgemeinen Bewerbung ausgeschrieben. Der Anfangsgehalt beträgt je 150 Mk. monatlich. Der Gehalt wird jedoch außerhalb der üblichen Gehaltsskala erhöht, wenn der Angestellte den gehegten Erwartungen entspricht. Die Bewerber müssen Referate halten können und in schriftlichen Arbeiten bewandert sein, über die nötigen Kenntnisse, besonders im Rechnungswesen, verfügen und in Differenzfällen mit den Unternehmern verhandeln können. Zur Bewerbung zugelassen sind nur Verbandsmitglieder, die mindestens drei Jahre dem Verband angehören

Als Termin für die Einreichung von Bewerbungen wird der **27. Februar** festgesetzt. Die Kollegen, die gesonnen sind, sich um diesen Posten zu bewerben, werden ersucht, ihre Bewerbungsschrift so zeitig abzusenden, daß sie spätestens am 27. Februar zu Händen des Bezirksleiters M. Haack, Dresden-N., Weimarischestr. 12, 1, ist. Aus der Bewerbungsschrift muß das Alter, die Dauer der Verbandszugehörigkeit, der Beruf und die seitherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ersichtlich sein. Die Bewerber müssen eventuell auf Verlangen eine Probearbeit liefern.

* * *

Für die Verwaltungsstelle **Stuttgart-Cannstatt** soll am 1. April 1905 ein

besoldeter Geschäftsführer

angestellt werden. Das Anfangsgehalt beträgt 160 Mk. monatlich. Die Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Verbandsmitglied, in schriftlichen Arbeiten bewandert sein, über die nötigen Kenntnisse, besonders im Rechnungswesen, verfügen, rednerisch gewandt sein und in Differenzfällen mit den Unternehmern verhandeln können.

Bewerbungen müssen bis zum **1. März 1905** zu Händen des Kollegen **W. Bremer,** Stuttgart, Röteſtr. 16b, 2, eingesandt sein. Aus der Bewerbungsschrift muß das Alter, der Beruf, die Dauer der Verbandszugehörigkeit und die seitherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen.

Mit der Bewerbung ist eine Probearbeit über: Die Aufgaben eines Geschäftsführers im Deutschen Metallarbeiter-Verband einzusenden. Bewerbungsschrift und Probearbeit sind getrennt zu halten, und das Kuvert muß die Aufschrift Geschäftsführer tragen.

* * *

Für die Verwaltungsstelle **Dortmund** soll sofort ein

zweiter besoldeter Geschäftsführer

angestellt werden. Das Anfangsgehalt beträgt 140 Mk. monatlich. Die Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Verbandsmitglied, in schriftlichen Arbeiten bewandert sein, über die nötigen Kenntnisse, besonders im Rechnungswesen, verfügen, rednerisch gewandt sein und in Differenzfällen mit den Unternehmern verhandeln können.

Bewerbungen müssen bis zum **27. Februar 1905** zu Händen des Kollegen **Max König, Dortmund,** 1. Kampstr. 73, eingesandt sein. Aus der Bewerbungsschrift muß das Alter, der Beruf, die Dauer der Verbandszugehörigkeit und die seitherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen.

Mit der Bewerbung ist eine Probearbeit über: Die Aufgaben eines Geschäftsführers im Deutschen Metallarbeiter-Verband einzusenden. Bewerbungsschrift und Probearbeit sind getrennt zu halten, und das Kuvert muß die Aufschrift Geschäftsführer tragen.

* * *

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 8a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Gelsenkirchen:**

der Hilfsarbeiter Theodor Scholz, geb. am 2. Februar 1888 zu Sangerhausen, Buch-Nr. 609379, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

* * *

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerken, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Dem Schlosser Philipp Scheerer, geb. am 24. Mai 1875 zu Ludwigshafen, Buch-Nr. 494606, nach einem von der Verwaltungsstelle in **Kassel** gestellten Antrag betreffend Veruntreuung von Verbandsgeldern.

Dem Dreher Alfred Kurt Bachmann, geb. am 19. Juni 1880 zu Gablenz, Buch-Nr. 746021, nach einem von der Verwaltungsstelle in **Kassel** gestellten Antrag betreffend verschiedene Schwindeleien.

Dem Kesselschmied Max Peter, geb. am 25. Februar 1884 zu Mühlhausen i. Th., Buch-Nr. 528900, nach einem von der Verwaltungsstelle in **Hörde** gestellten Antrag betreffend Schwindelei.

* * *

Hierdurch bringen wir unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß sich der Vorstand und der Ausschuß in bezug auf die Besetzung des in Nr. 3 dieser Zeitung ausgeschriebenen Postens eines Hilfsarbeiters für das Verbandsbureau für den Kollegen

Karl Hüglin in Frankfurt a. M.

entschieden hat. Eingegangen waren 149 Bewerbungen, die hiermit als beantwortet gelten.

* * *

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Röte-Straße 16b

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

* * *

Quittung

der Eingänge für die streikenden Ruhrbergleute (bis 11. Februar).

Von der Verwaltungsstelle: Altötting Mk. 10, Augsburg 372,15, Bergedorf 80, Brieg 20, Dessau 50, Detmold 25, Eberstadt 18,30, Eisenach 30, Elmshorn 30, Erbach 16,80, Erlangen 20, Feuerbach 64, Forst 30, Frankfurt a. O. 40, Freising 10, Fürstenwalde 120, Gmünd 200, Goldlauter 39,30, Hildesheim 107,70, Itzehoe 30, Jauer 6, Jena 115, Mechanicer 137,85, Kamnin 3,40, Kassel 200, Kelsterbach 25, Königsberg 50, Konstanz 50, Korntwestheim 20, Lechhausen 15, Leer 30, Lindau 11, Mannheim 800, Martinlamitz 20, München 2055, Mülheim a. Rh. 500, Nürnberg 800, Neuwied 24,30, Pegnitz 100, Perleberg 31, Posen 40, Ravensburg 22, Rade v. Wald 92, Rendsburg 100, Roßlau 20, Saalfeld 200, Singen 16, Schöningen 50, Stargard 12,40, Triberg 40, Ülzen 14,50, Villingen 30, Weimar 75, Wiesbaden 50, Zerbst 20,40, Barmen-Elberfeld 1000, Braunschweig 1000, Breslau 1000, Blankenburg 25, Brunsbüttel 21, Eisenberg 16, Frankenthal 275, Fürth 200, Gassen 100, Gevelsberg 500, Greiz 80, Hagen 150, Harzgerode 10,16, Kannstatt 200, Krefeld 66,60, Lägerdorf 39,70, Lindau 25, Lübeck 170, Luxemburg 26, Oberhausen 24, Oberroden 50, Offenbach 200, Pries 60, Rathenow 99,10, Sangerhausen 25, Schildesche 100, Schwabach, Aluminiumschläger 17, Feingoldschläger 50, Nadler 15, Schleiz 10, Staßfurt 75, Teterow 15,15, Swinemünde 14, Triberg 168,60, Velbert 231 (darunter 81 von der freien Turnerschaft), Weinheim 15, Wriezen 10,90, Zirndorf 10,40, Zorge 70,90, Aschaffenburg 50. Von den Einzelmitgliedschaften: Döbeln 60, Ebersbach 35, Großenhain 50, Hohenstein-Ernstthal 20, Löbau 20, Markranstädt 89,80, Meerane 75, Mittweida 25, Mügeln 100, Neugersdorf 64,10, Niedersedlitz 200, Penig 81,55, Roßwein 40, Schmiedeberg 150, Wurzen 40, Zwickau 100. K. Eußner, Sammelgelder der Metallarbeiter Nürnbergs 1400, P. Berger, Aarau 1, J. Avemazig, Wertheim 20,25, Frl. Steinmeyer, Göppingen 2, L. Segl, Landsberg a. Lech 5,50, O. Brüschke, Lenzkirch 1, Fr. Zick, Miesbach 3,50, Arbeiterverein Goldlauter 10, P. Heppner, Löwenberg 8,75, R. Dißmann, F. Kronenberg 32,45, E. Altmann, Eglosheim 20, E. Inhof, Ulm 5,39, Z. Miladiowitsch, Völklingen 1. In Summa **14997,80,** bereits quittiert **40481,92,** im ganzen **55479,72 Mk.**

Alle für die Bergarbeiter bestimmten Gelder sind getrennt von Verbandsgeldern an die Adresse des Hauptkassiers einzusenden und dürfen auf den Quartalsabrechnungen nicht verrechnet werden. Wir ersuchen allwöchentlich einzusenden, damit wir in gleicher Weise abliefern können.

Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

von **Drehern, Formern** und **Schlossern** nach Bamberg (Gebrüder Langhammer) M.; nach Stettin (Stoewer) St.;
von **Drehern, Schleifern** und **Schlossern** nach Köln-Ehrenfeld (Bayha);
von **Formern** und **Eisengießereiarbeitern** nach Essen (besonders Union und Firma Wolf) D.; nach Gevelsberg-Milspe (Kißeler) St.; nach Liegnitz (Gubisch) D.; nach Solingen (Vooß, Inhaber Stöcker); nach Torgelow in Pommern; nach Zwickau (Hoffmann & Zinkeisen) M.;
von **Gürtlern, Drückern, Schleifern, Beizern, Drehern** und **Metallformern** nach Berlin; nach Chemnitz (Holzthiem & Neubauer) St.; nach Erfurt, Ilversgehofen; nach Liegnitz (Schilder) D.;
von **Härtern** nach Wald (Ern);
von **Kesselschmieden** nach Dortmund und Umgegend;
von **Metallarbeitern** aller Branchen nach Bielefeld (Lohmann Fahrradlaternenfabrik) St.; nach Dessau (Waggonfabrik) A.; nach Furtwangen (J. Köpfer & Söhne, Maschinenfabrik) D.; nach Hannover (Waggonfabrik) St.; nach Neu-Isenburg (Emaillierwerk) St.; nach Stettin (Stoewer) D.;
von **Metallgießern** nach Düsseldorf (Markmann & Petersmann) St.; nach Eberswalde (Lunitz) St.;
von **Schlägereiarbeitern** nach Solingen (Emil Wolfert) D.;
von **Schleifern** und **Polierern** nach Velbert (Schloßfabrik G. Judick) St.;
von **Kesselheizern, Ofenleuten, Schmelzern, Drehern, Schlossern** und **Ziehern** nach Wien (Stahl- und Preßwerke Deng & Co.) St.;
von **Zinngießern** und **Schleifern** nach Hilden bei Düsseldorf Heimendahl & Keller) St.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **welche überhaupt zu meiden sind;** v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Former.

Bremen. Wegen fortwährender Herabsetzung der Akkordpreise und Entlassungen von Verbandsmitgliedern, ersuchen wir Bremen solange zu meiden, bis die Angelegenheit geregelt ist.

Bremen. Auf der Norddeutschen Armaturenfabrik (Lloyd) finden fast in allen Ressorts Lohnabzüge statt. Ganz haarsträubende Dinge spielen sich dort in der Formerei ab. Die beiden Meister diktieren Preise, worüber jeder verständige Former den Kopf schüttelt. Meister Str. erklärte vor kurzem einem Former: „Es wird noch viel schlechter, Sie bringen noch Geld mit.“ Das erklärte der Mann, der in Flensburg an der Spitze der Formerbewegung stand und nicht genug über schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse klagen konnte. Damals mußte er selbst im Schweiße seines Angesichtes sein Brot verdienen, damals empfand er am eigenen Leibe, wie schwer es ist, sich ehrlich durchzuschlagen, daher der Eifer für die Besserstellung der Former. Aber heute wird von ihm jedes Bestreben nach Besserstellung der Former und Gießereiarbeiter mit Gewalt unterdrückt. Was würde Str. früher wohl gesagt haben, wenn sein Meister in Flensburg ihm für Verrichtung seiner Bedürfnisse, die angeblich zehn Minuten gedauert haben sollte, 50 Pf. Strafe abgezogen hätte? Str. hätte das sicherlich mit Recht als eine große Unverschämtheit bezeichnet. Als was er es jetzt bezeichnet, wo er es selbst so macht, wissen wir nicht. Was ist das zum Beispiel für eine Manier, wenn ein Former ein Stück Arbeit bekommt, das schon wiederholt gemacht worden ist und man fragt ihn erst nach seiner Forderung? Macht dann der Former einen Preis, so bietet man ihm schlankweg die Hälfte. Sind das Manieren eines sachverständigen Meisters, oder treibt man solchen Schacher im Trödlerladen? Die ältesten Former verziehen nach auswärts, weil die Akkorddrückerei unerträglich wird. Ein verheirateter Former hörte auf, weil er für eine Pumpe 24 Mk. erhielt, früher gab es 30 Mk. Ein anderer hörte auf wegen Spülköpfen (früher 5,50 Mk., jetzt 4,50 Mk.). Als er aufhörte, erklärte allerdings der Herr Direktor: „Ziehen Sie Ihren Rock wieder aus, Sie sollen 5 Mk. haben.“ Aber vergebens. Am 7. Januar hörten 6 Former an einem Tage auf; einige halten in einer Woche bis zu 50 Pf. Überschuß erhalten. Am 20. Januar hörten 2 Former auf, nachdem sie sich eine halbe Stunde von den segensreichen Einrichtungen und den hohen Löhnen überzeugt hatten: für Formkasten erst 36 Mk., dann 28 Mk., und vor kurzem wollte man 22 Mk. geben; Zylinderdeckel früher 1,25 Mk., dann 1 Mk., dann 75 Pf. und jetzt wie im Warenhaus Stück für Stück 50 Pf. Zu all den Preisdrückereien glaubte man jetzt einen Rausreißer, Kleeblatt ist sein Name, gefunden zu haben. Ungeheuer wurde gewühlt. Hohe Stapel von Kasten wurden abgestampft. Die Meister nannten ihn bereits das Wunderkind, das in einem Tage soviel arbeitete, wie andere in drei Tagen. Hinzu kam noch, daß Kl. sich besonders auf Bücklinge und Kniebeugen verstand. Als sich nach der Wühlarbeit einige die Arbeit besahen — o weh! Verschiedene Kasten waren leer aufgestellt. Ein großer Teil der Arbeit kam ins alte Eisen. Die dann noch übrig gebliebene Arbeit mußte in der Putzerei verschmiert und vertuscht werden. Zwei Former, die ihn auf sein Gebaren aufmerksam machten, wurden von dem Auchkollegen denunziert und darauf von den Meistern sofort entlassen. Meister Str. zeigte dabei seine hohe Bildung durch „Höflichkeitsäußerungen“. Dieser Vorgang hat die Former aufs höchste erbittert. Wir können dem Meister heute verraten, wäre der Verräter nicht aus der Werkstatt gegangen oder gegangen worden, dann könnten unserwegen die Meister mit ihrem Freund selig werden, sie hätten dann ihren langersehnten Wunsch, „ein dreiblättriges Kleeblatt“ in der Gießerei zu bilden, erfüllt erhalten. Wir erlauben uns noch, die gesamten Metallarbeiter vor dem Formerkleeblatt zu warnen. — Auch in der Stahlgießerei, beim Meister Franke, ist es schlecht bestellt. Am 4. Februar hörten drei Former auf, weil sie mit dem erzielten Verdienst nicht mehr auskommen konnten. Meister Franke hat noch Ende der achtziger Jahre für 25 Pf. die Stunde gearbeitet, weil seine Leistungen nur minimal waren. In der Stahlbude werden Arbeiter bei 27, 28 und 29 Pf. die Stunde eingestellt. Wenn man Formern nach jahrelanger Tätigkeit 37 bis 38 Pf. die Stunde bezahlt, dann wird jede weitere Forderung als unverschämt bezeichnet. An einen Akkordüberschuß ist bei dem Mangel an Formkasten und Haken u. s. w. kaum noch zu denken. Wir ersuchen deshalb, die Former, die beabsichtigen, hier in Arbeit zu treten, erst bei der Ortsverwaltung Erkundigung einzuziehen.

Gevelsberg. Am 10. Februar haben bei der Firma Kuno Neßeler in Milspe sämtliche Former die Kündigung eingereicht. Es handelt sich um die Forderung auf bessere Bezahlung einzelner Artikel, um Abschaffung des Schmelzlohnes und die Wiedereinstellung eines Kollegen, der entlassen worden ist, weil er nicht pro Kilogramm 2 bis 3 Mk. billiger arbeiten wollte, wie bei andern Firmen. Wir ersuchen dringend, den Zuzug nach hier fernzuhalten, ganz besonders die Kollegen von Schwelm, Radevormwald und Mettmann ersuchen wir darum!

Leipzig. Bei der weltbekannten Firma Rud. Sack in L.-Plagwitz wurden am 24. Dezember vorigen Jahres 22 organisierte Former und Gießereiarbeiter mit einem schönen Weihnachtsgeschenk überrascht. Es sollte nach berühmten Mustern ein Exempel statuiert werden, um dem Umsichgreifen der Organisation im Betrieb einen Damm entgegenzusetzen. Der erstellte Neubau eines Stahlofens, bei dem man die Former nicht so dringend bedarf, schien der Firma geeignet, dieses Experiment zur Ausführung zu bringen. Und so wurden denn am Tage vor Weihnachten die Kollegen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation entlassen, mit der Bemerkung, „daß ihrer Weiterbeschäftigung nichts im Wege stände, wenn sie ihren Austritt aus der Organisation erklärten." Die Kollegen sind natürlich diesem Ansinnen nicht nachgekommen, sondern haben anderweitig Arbeit gesucht und gefunden. Früher war es üblich, daß bei Betriebsstörungen die Leute in anderen Abteilungen untergebracht wurden, bei einigermaßen gutem Willen wäre es auch diesmal möglich gewesen. Diese Firma, deren Chef Vorsitzender des deutschen Arbeitgeber-Verbandes ist, also das Koalitionsrecht für sich im größten Umfang beansprucht, verbietet den Arbeitern das gleiche Recht auszuüben. Noch drastischer wirkt diese Entlassung, wenn man weiß, daß der Firma alte und gebrechliche Leute, die im Geruch großer Frömmigkeit stehen, von den Pastoren der evangelischen Kirche zugewiesen werden. Weiter wollen wir bemerken, daß die Hälfte der Arbeiter im Betrieb Mitglieder des evangelischen Arbeitervereins sind. Der Vorschlag zur Entlassung der organisierten Arbeiter soll, wie versichert wird, von dem ergebenen Meister der Firma, dem Herrn Suppé, ausgegangen sein. Zur besseren Charakteristik dieses Meisters sei angeführt, daß er früher selber Agitator und Bevollmächtigter der Former in Magdeburg war. Die Handlungsweise Suppés kann aber den Eingeweihten nicht befremden. Er hat auch in Magdeburg seinen Einfluß dazu benutzt, eine Lohnbewegung bei der Firma Gruson zu hintertreiben. Eine auskömmliche Stellung blieb dann nicht aus. Die Formerversammlung, die sich mit der Maßregelung der Kollegen beschäftigte, brachte auch aus seinem jetzigen Wirkungskreis ganz erbauliche Dinge ans Tageslicht. Entgegen dem abgegebenen Versprechen wurden den Formern bei Übergang vom Trocken- zum Grünguß die Akkordpreise erheblich gekürzt, auch der unverschuldete Fehlguß wird jetzt, ganz gegen den früheren Brauch, abgezogen. Wenn aber der Meister selbst 300 Stahlpflüge verschmoren läßt, dann ist er eifrig bemüht, durch schnelles Umschmelzen des Materials diesen Fehler zu verdecken. Weiter wird berichtet, daß bei dem Mangel an Hilfsarbeitern im Betrieb immer noch einige im Haushalt des Meisters Suppé als Mädchen für alles Verwendung finden, aber auch die Lehrlinge mußten dessen Privatinteressen dienen. Ein Verwandter des Meisters, der, um sein „Pensum" zu machen, viele blinde Kasten hinstellte, verdiente ebensoviel wie die anderen bei brauchbarerer Arbeit. Den Hilfsarbeitern wurde wegen „Faulheit" eine Stunde abgezogen, die Former schnauzt der Meister an, wenn sie nicht genügend gemacht haben. Er selber aber hat bei der Nachtschicht die ganze Nacht geschlafen und wurde von den Schmelzern erst zum Gießen geweckt, oder dann, wenn der Chef seinen Meister suchte. Bei Gelegenheit eines Brandes in der Stahlgießerei wurden die Schmelztöpfe durchnäßt, dieser Umstand wurde dem Chef natürlich verheimlicht, der Schuldige, ein Günstling des Meisters, ging frei aus, und der Unschuldige mußte 3 Mk. Strafe bezahlen. — Das Lehrlingswesen verdient die größte Beachtung. Die jungen Leute müssen erst Stöpsel machen und kommen dann zum Formen. Bei beendigter Lehrzeit machen sie immer noch die Arbeit, an die sie gestellt worden. Daß die Lehrlinge da nichts lernen können, liegt auf der Hand. — Wollen die Arbeiter in der Fabrik baden, so haben sie für jedes Bad 3 Pf. zu entrichten, durch den Umstand aber, daß der Raum ungeheizt und das Wasser nicht warm war, infolge dessen die Frequenz des Bades zu wünschen übrig ließ, erfuhren die Arbeiter auch von zuständiger Seite, daß an dem Bade noch verdient werden solle. — Auch bei der Firma Jahn in Leutzsch hören die Klagen wegen Mangel an Material nicht auf, trotzdem wird den Formern auch hier unverschuldeter Fehlguß abgezogen, so daß selbst die Leute, die von dem Meister als Lohndrücker von Westfalen hergeholt worden waren, mit den Zuständen nicht zufrieden sind, nachdem sie die Preise und die Einrichtung der Gießerei kennen gelernt haben.

Klempner.

Budapest. Die hiesigen Ornamentenspengler haben über die Firma Homin Steiner & Franz die Sperre verhängt. Die Firma hat die Spengler ausgesperrt. Sie haben den ganzen Betrieb eingestellt und alle Arbeiter entlassen, nach einigen Tagen wurden aber wieder Spengler aufgenommen, nur die Vertrauensmänner nicht. Wir ersuchen die Spengler: bleibt fern von Budapest.

Stralsund. Die Firma Karl Kühn suchte kürzlich im Stralsunder Tagblatt Klempnergesellen. Da von uns drei verheiratete Kollegen arbeitslos waren, fragten sie um Arbeit an, erhielten jedoch den Bescheid, daß Stralsunder Klempner nicht eingestellt werden. Da wäre es nur logisch, wenn das Stralsunder Publikum bei der Firma auch nicht arbeiten ließe. Warum die Firma sich vor den organisierten Kollegen fürchtet, ist aus folgendem ersichtlich. Der Lohn der dort beschäftigten vier Unorganisierten beträgt bis zu 15 Mk. Gearbeitet wird oft bis 9 Uhr abends, wer das nicht will, kann gehen. Die Firma fürchtet nun nicht mit Unrecht, daß dieser „idyllische" Zustand ein Ende hätte, wenn sie organisierte Klempner einstellte. Wir fordern nun die Kollegen auf, diese Bude streng zu meiden.

Metallarbeiter.

Altona. In der am 24. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung beantragte die Ortsverwaltung, für die streikenden Bergarbeiter eine obligatorische Extrasteuer von 30 Pf. pro Woche auf die Dauer des Streiks einzuführen. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag angenommen. Ein weiterer Antrag, aus der Lokalkasse 1000 Mk. für die Bergarbeiter zu bewilligen, wurde ebenfalls angenommen. Zum Zusammenschluß der in einem Industriegebiet liegenden Verwaltungsstellen Hamburg, Altona, Harburg, Wilhelmsburg und Bergedorf referierte Genosse R. Frehse. Die Organisation der Unternehmer, der ihr festerer Zusammenschluß, die versuchte Organisierung der Arbeitswilligen, die Schaffung einer Streikversicherung sämtlicher Unternehmer-Verbände zeigte, daß auch wir eine Zersplitterung unserer Kräfte vermeiden müßten. Die Organisation der Berliner Kollegen müsse uns als Vorbild dienen. Dort sei der ganze Industriebezirk, der eine bedeutendere Ausdehnung als der hiesige habe, der Verwaltung Berlin unterstellt, und die großen Fortschritte seien zum Teil auf die einheitliche Verwaltung des Bezirkes zurückzuführen. Die im hiesigen Bezirk bestehenden Verwaltungen haben sich eingehend mit der Sache beschäftigt und eine Grundlage festgestellt, auf der ein Zusammenschluß der Verwaltungen möglich ist. Ein die Altonaer besonders interessierender Punkt ist das Arbeitersekretariat. Das ist aber durch Aufnahme folgender Übertrittsbedingungen sicher gestellt: „Soweit die übertretenden Verwaltungsstellen noch Gewerkschaftskartellen oder Sekretariaten angehören, wird nach dem Übertritt jährlich eine Pauschalsumme, entsprechend dem Beitrag für das Jahr 1904 an diese Institutionen entrichtet." Auch soll das Altonaer Bureau bestehen bleiben, ist jedoch nur kurze Zeit täglich geöffnet. Arbeitslosenunterstützung kann ebenfalls in Altona ausbezahlt werden. Bei den Vorberatungen sind die Wünsche der Altonaer Kollegen auf das weitgehendste berücksichtigt worden. Durch den Anschluß an Hamburg wird für uns Altonaer noch ein weiterer großer Vorteil erzielt, indem der § 30 unseres Statuts, wonach die Entscheidung bei Arbeitseinstellungen und Sperren den Ortsverwaltungen mit über 3000 Mitgliedern zusteht (?), auch für Altona zutrifft, während jetzt jede Bewegung von der Genehmigung des Vorstandes in Stuttgart abhängig ist. Redner ersucht die Versammlung, den Zusammenschluß möglichst einstimmig zu beschließen. Nachdem Ludewig und R. Henze im Sinne des Referenten gesprochen, führt E. Block aus: Die ganzen Verhältnisse drängen zu einem Zusammenschluß mit Hamburg, dagegen sei die Notwendigkeit für Altona noch nicht vorhanden, zumal uns eine ganze Reihe kleinerer Vorteile nach dem Zusammenschluß verloren gehen werden. Die Unterstützungen an Arbeitslose zu Weihnachten und zum 1. Mai werden zweifellos wegfallen. Außerdem liege die Gefahr vor, daß die Zugeständnisse, die uns heute gemacht würden, nach kurzer Zeit wieder zurückgezogen werden. Die Kartell- und Sekretariatsfrage spiele aber eine Hauptrolle. Da die Metallarbeiter in Hamburg dem Kartell nicht angeschlossen sind, erhalten sie auch keine Auskunft auf dem Sekretariat; unseren Mitgliedern, welche auf Hamburger Gebiet wohnen, würde es dann ebenfalls so gehen. Wiewohl die Gewerkschaftskartelle die frühere Bedeutung nicht mehr haben, müssen wir doch verlangen, so lange die Kartelle von dem Gewerkschaftskongreß anerkannt sind, daß die Gewerkschaften denselben angeschlossen sind. Die Beiträge für das Altonaer Kartell und Sekretariat will die Hamburger Verwaltung weiter bezahlen: es ist aber nicht festgelegt, auf wie lange. Es muß eine Bestimmung getroffen werden, wonach die Beiträge so lange gezahlt werden, als diese Institutionen überhaupt bestehen. Fürbis weist es ganz entschieden zurück, daß die Bestimmungen betreffs des Sekretariats und Bureaus in Altona nur gemacht seien, um sie nach dem Zusammenschluß wieder aufzuheben. Solche Unterstellungen sei man wohl von Gegnern der Organisation gewöhnt, aber nicht von den eigenen Kollegen. Nach den Ausführungen von Block müßten diese Bestimmungen für ewig festgelegt werden, was aber weder dem demokratischen Prinzip noch der Evolutionstheorie entspricht. Sollen die Bestimmungen des Zusammenschlusses einmal geändert werden, so haben sicher die Altonaer Kollegen darüber zu beschließen. Mit solchen kleinlichen Sachen, wie Weihnachtsunterstützung, solle man doch die schon lange angestrebte Vereinigung nicht zu hindern suchen, zumal andere Städte die Vereinigung der umliegenden Verwaltungsstellen zum Vorteil der Organisation schon durchgeführt haben. P. Schulz erkennt die Notwendigkeit einer Verschmelzung an, erklärt sich aber gegen den Anschluß, da ein Zusammenarbeiten mit Hamburg auch unter den jetzigen Verhältnissen bei dem nötigen guten Willen möglich sei. Lohnbewegungen könnten in gemeinschaftlichen Versammlungen beschlossen werden, und das Kassierwesen könne ebenfalls geregelt werden. Die Vorteile, welche uns der § 30 des Statuts bringt, sind wohl anzuerkennen, wiegen aber nicht die Nachteile auf, welche speziell die Klempner mit ihrem gut florierenden Arbeitsnachweis durch den Anschluß haben werden. Der § 30 mit seinen beschränkenden Bestimmungen für Streiks und Lohnbewegungen gehöre überhaupt nicht in das Statut einer Arbeiterorganisation und müsse auf der nächsten Generalversammlung beseitigt werden. W. Großmann führte aus: Das Eigentümliche in der heutigen Debatte ist, daß sämtliche Gegner des Zusammenschlusses die zwingenden Verhältnisse für den Anschluß anerkennen, ihre ablehnende Haltung aber mit recht kleinlichen Befürchtungen motivieren. Mehrere selbständige Verwaltungen in einem so kleinen Industriebezirk wie Hamburg-Altona bewirken nur, daß bei ausgedehnten Lohnbewegungen eine Unsicherheit in der Führung und eine Verminderung der Autorität der Führer den Gegnern gegenüber eintritt. Wenn die Gewerkschaftskartellfrage zur Hauptsache gemacht wird, so muß man wohl bedenken, daß keiner Gewerkschaft der Zwang auferlegt wird, sich an den Kartellen zu beteiligen. Wenn die Hamburger Metallarbeiter dem Kartell nicht angehören, so werden sie auch Gründe dafür haben, denn das ganze Verhältnis beruht auf dem Beschluß der Mitglieder. Irgend welche Nachteile haben die Kollegen in Hamburg nicht. Die Auskunftserteilung in Prozeß- und Gerichtssachen erfolgt im Metallarbeiterbureau mindestens eben so gut wie auf dem Sekretariat, denn irgend welche Klagen über ungenügende Auskunftserteilung sind bisher nicht laut geworden. Der Arbeitsnachweis der Klempner in Altona soll in derselben Weise weitergeführt werden, so daß ein Nachteil für die Klempner durch den Anschluß nicht eintreten kann. Den § 30 unseres Statuts wird eine große Organisation niemals entbehren können, andernfalls müßten anarchische Zustände in bezug auf Streiks und Lohnbewegungen eintreten. Redner ersucht, im Interesse der Organisation den Anschluß an Hamburg anzunehmen. Nach einem Schlußwort des Referenten wird der Anschluß mit 141 gegen 96 Stimmen angenommen.

Aschersleben. Am 5. Februar fand wegen des Kampfes im Ruhrgebiet eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Besuch war ein guter und es fand der Vorschlag, einen Wochenbeitrag von 80 Pf. während der Dauer des Streiks zu erheben, mit allen gegen zwei Stimmen Annahme. Leider gibt es ältere Kollegen, die den Zweck und Nutzen der Organisation noch nicht erkannt haben. In dem Augenblick, wo es gilt, die Mitglieder zu idealerer Auffassung zu gewinnen, lassen es sich diese Kollegen angelegen sein, niedrige materielle Instinkte bei den Mitgliedern zu wecken. Hoffentlich werden so glänzende Abstimmungsresultate es bewirken, daß diesen Auffassungen in Zukunft in den Versammlungen keine Zeit mehr gewidmet wird.

Breslau. Die hiesigen Rohrleger hielten am 5. Februar eine Versammlung ab, um über den Tarifvertrag pro 1905 zu beraten. Die Rohrleger haben ihren Tarif gekündigt. Die Ortsverwaltung hat nun einen neuen Tarif ausgearbeitet, den Kollege Philipp verlas und einen Vergleich mit dem alten Tarif anstellte. Vorher aber berichtete er, daß der Verein selbständiger Installateure sich brieflich dahin geäußert habe, einer etwaigen Lohnerhöhung nicht zustimmen zu können; die guten Monteure erhielten sowieso einen höheren Lohn, und solche, die nur den Titel Monteur führten, verdienten jetzt schon genug. Doch sind die Unternehmer bereit, in Verhandlungen einzutreten. Im wesentlichen wird für die im Gewerbe beschäftigten Arbeiter eine neunstündige Arbeitszeit, für jeden Rohrleger, der selbständig arbeitet, gleichviel ob Reparaturen oder Neuarbeit, ein Mindeststundenlohn von 50 Pf. verlangt. Der Monteur, der schon als solcher bei anderen Firmen beschäftigt war, und dafür den Nachweis erbringt, hat keine Probezeit abzulegen. Denen, die den Lohnsatz von 50 Pf. bereits erhalten, soll eine Zulage von 5 Pf. gewährt werden. Monteurgehilfen sollen einen Mindestlohn von 35 Pf. bekommen, den Gehilfen, die diesen Satz jetzt schon haben, sollen gleichfalls 5 Pf. pro Stunde zugelegt werden. Nachtarbeit soll mit einem Zuschlag von 50 Prozent, Überzeitarbeit, das heißt die 10., 11., 12. Arbeitsstunde soll mit 25 Prozent Erhöhung berechnet werden. Die Landzulage soll für Monteure 2,75 Mk., für Gehilfen 2 Mk. betragen. Philipp und Alter empfahlen die Annahme der Vorschläge. Nach einer kurzen Aussprache wurde der ausgearbeitete Tarif einstimmig angenommen und wird alsbald den Unternehmern zugehen. Zum Schlusse forderte Philipp in eindringlichen Worten auf, dafür zu wirken, daß sämtliche im Gewerbe beschäftigten Arbeiter sich dem Verband anschließen, weil ohne einen festen Zusammenhalt es nicht möglich sei, die Forderungen durchzudrücken. — Die Tarifkommission wurde sogleich gewählt.

Görlitz. Um die Kollegen, die etwa gewillt sein sollten, nach Görlitz zu kommen, um in der photographischen Apparatenbranche zu arbeiten, etwas über die hiesigen Arbeits- und Lohnverhältnisse aufzuklären, erlauben wir uns, einige Fragebogenresultate hier zur Kenntnis zu bringen. Es war allerdings nicht möglich, von allen Kollegen die Ausfüllung zu erhalten, da gerade da, wo die schlechtesten Löhne existieren, die Organisation noch keinen festen Fuß gefaßt hat. Die Resultate sind die der Zeit vom 15. August bis 12. November 1904 von 18 Kollegen bei 3 Firmen. Bei Kulisch & Co. (früher Paul Strobach) arbeiten 11, bei Heinrich Eberlein 3, bei Kurt Bentzin 4 Kollegen, deren Alter zwischen 18 und 44 Jahren ist. Der Stundenlohn schwankt zwischen 17 und 36 Pf. Den Berufen nach sind diese Kollegen: Gürtler 1, Schleifer 1, Dreher 1, Schraubendreher 1, Mechaniker 6, Schlosser 6. Der niedrigste Stundenlohn ist bei Kulisch & Co. mit 17 Pf., bei Eberlein beträgt er 30, bei Bentzin 31 Pf. Der höchste Stundenlohn ist bei Kulisch & Co. 30, bei Eberlein 32, bei Bentzin 36 Pf. Stundenlohn im Durchschnitt bei Kulisch & Co. 25½, bei Eberlein 31⅓, bei Bentzin 33 Pf. Für Überstunden wird nirgends ein Zuschlag bezahlt. Der Wochenverdienst schwankt zwischen 12,96 und 25,13 Mk. Der niedrigste Wochenverdienst ist bei Kulisch & Co. 12,96, bei Eberlein 19,08, bei Bentzin 20,70 Mk.; der höchste bei Kulisch & Co. 24,73, bei Eberlein 20,66, bei Bentzin 25,13 Mk. Der Durchschnitt ergibt bei Kulisch & Co. 18,57, bei Eberlein 19,85, bei Bentzin 22,57 Mk. pro Woche. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich bei Kulisch & Co. 62 Stunden, bei Eberlein 60½ Stunden, bei Bentzin 58 Stunden. Bei Kulisch & Co. wurden von allen Kollegen Überstunden gemacht und trotzdem dies traurige Ergebnis. Die Stundenlöhne sind bei Kulisch & Co. im einzelnen: 2 Kollegen à 30 Pf., 2 à 27, 1 26, 3 à 25, 2 à 24, 1 17 Pf. Kollegen, wirkt das nicht sehr verlockend, wollt ihr nicht gleich alle bei Kulisch & Co. arbeiten. Dort gibt es dann auch zu Weihnachten Zigarren. Doch, pardon — wenn Überstunden gemacht werden, gibt es Freitags eine Flasche Bier! Sagt, Kollegen, was wollt ihr noch mehr? Wann werden endlich bei Kulisch & Co. die Kollegen die Augen öffnen? Wir haben gedacht, es würde die Arbeit nicht umsonst sein, die betreffs Agitation geleistet wurde. Aber nun wollt ihr austreten, eure Kollegen im Stiche lassen, die euch zu besserem Lohne verhelfen wollen. Einen Lohntarif für die ganze Branche müssen wir haben, müssen wir verlangen, und wenn es sein muß, auch erkämpfen. Entweder liefern eure Meister die Beschläge für billiges Geld oder sie stecken hohe Summen in ihre Taschen. Bei Einstellung sagen diese Herren stets: Stundenlohn nach Leistung! Kollegen, habt ihr euch dieses schon einmal richtig überlegt? Da können dann Firmen prahlen, den Tischlern zuerst die Lohnerhöhung bewilligt zu haben, wenn es auf Kosten der Beschläge geschieht. Keine prozentuale Lohnerhöhung wollen wir, sondern Minimallöhne, diese können wir aber nur erzielen, wenn wir gut organisiert sind. Darum, Kollegen, hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Das eingezahlte Geld trägt doppelte Zinsen. Kollegen, was wollt ihr bei den „Vereinigten Schlossergesellen"? Solche Klimbimvereine, wo eure Meister „Ehrenmitglieder" sind, laßt lieber links liegen, wir brauchen keine Fahne mehr und die Innungsmeister mögen ihre Geschenke selbst bezahlen. Also, Kollegen, weg mit jedem Vorurteil, hinein in den Verband, treu dem Wahlspruch: Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gestritten, es kämpft sich nicht schlecht, für Freiheit und Recht!

R. R.

Hattingen. Am 22. Januar fand hier im Germaniasaal eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, die sich mit dem Bergarbeiterstreik und den Folgen für die Metallarbeiter beschäftigte. Kollege Wallbrecht-Düsseldorf schilderte das brutale Verhalten der Zechenbarone. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute im Germaniasaal tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und versprechen dieselben, den Bergleuten jede moralische und finanzielle Unterstützung zu gewähren, damit dieselben in dem gewaltigen Kampfe Sieger bleiben." Dann wurden vom Kollegen Ebert die Mißstände auf den hiesigen Werken unter die Lupe genommen, in erster Linie die Weltfirma Henschel & Sohn (Henrichshütte). Wie da die Arbeiter unter der Knute stehen, geht aus folgendem Anschlag hervor: „Ich Unterzeichneter nehme die Beleidigung, welche ich gegen den Obermeister Pfeif ausgesprochen habe, hiermit zurück, gleichzeitig verspreche ich, mich niemals wieder so gegen einen Vorgesetzten so gemein zu benehmen und bekenne mich als einen ganz gemeinen Menschen. Wer dieses Plakat abreißt, wird sofort entlassen. Hubert Beck." In der Faßfabrik sind Überstunden an der Tagesordnung. Ventilation und Wascheinrichtungen fehlen. In der Gießerei ist Ventilation genug: es ist nämlich das Dach so voller Löcher, daß es eingeregnete Formen gibt, unverschuldeter Ausschuß, der dadurch entsteht, wird aber nicht bezahlt. Die Drehkräne sind so schlecht imstande, daß 10 bis 12 Mann zugreifen müssen, um sie von der Stelle zu bekommen. Die Gießpfannen werden über offenem Holzfeuer getrocknet. Es ist vorgekommen, daß die Former, die dort in der Nähe arbeiteten, ausrücken mußten, um nicht zu ersticken. Im Walzwerk findet die größte Antreiberei statt, es wird da in Tag- und Nachtschicht gearbeitet. Die Mannschaft einer Schicht wurde aufgefordert, ein gewisses Quantum zu walzen, sie bekämen dann eine Tonne Bier. Als die Leute der Nachtschicht das hörten, machten sie noch mehr, um auch etwas zu bekommen. Sie bekamen aber nichts. — Mit den Wascheinrichtungen ist es überall schlecht bestellt, wer sich waschen will, muß sich selbst einen Waschheimer mitbringen (oder stehlen, wie aus der Versammlung dazwischen gerufen wurde). Für das Zuspätkommen von 5 Minuten werden 25 Pf. abgezogen, Montags 50 Pf. — Auch vom Märkischen Stahlwerk wurden verschiedene Mißstände kritisiert. Die Dreherei ist ungepflastert, die Dreher stehen tief im Dreck. Das Werkzeug ist ungenügend und schlecht. Auch fehlen die Wascheinrichtungen. Hier treibt der Chef selbst an und greift selbst mit zu, wenn es zu langsam geht. „Polizeistunde" ist pünktlich, wer morgens nicht um 7 Uhr dort ist, steht vor verschlossenen Toren. Die Löhne sind schlecht. — In der Diskussion meldete sich niemand, trotzdem die Meister und Spitzel der Firma anwesend waren. So muß man annehmen, daß die Mißstände noch viel größer sind, wie sie angegeben wurden. Kollege Ebert, der noch auf das riesige Anwachsen unserer Organisation hinwies, forderte die Anwesenden auf, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, denn nur durch diesen kann die Lage der Metallarbeiter verbessert werden.

Hildesheim. Am 1. Februar hatte die hiesige Ortsverwaltung eine öffentliche Versammlung für die Alfelder Metallarbeiter einberufen, zu der zirka 50 Kollegen sich eingefunden hatten. Das Referat hatte Kollege Jänisch von hier übernommen. Er sprach über: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Alfelder Metallarbeiter und wie können wir zur Verbesserung derselben beitragen? In seinem anderthalbstündigen Vortrag führte er an der Hand zahlreichen Materials ungefähr folgendes aus: In erster Stelle am hiesigen Orte steht wohl die seit Oktober vorigen Jahres wieder in Betrieb genommene Karlshütte. Sie gibt den einheimischen gelernten Arbeitern Stundenlöhne von 25 Pf., während sie fremde mit 30 bis 35 Pf. einstellt. Die Fabrikleitung weiß ganz gut, daß sie den fremden Kollegen nicht so niedrige Löhne bieten darf als den ortsansässigen. Es wird dort im Lohn gearbeitet, aber dafür steht die Antreiberei in schönster Blüte. Die Meister und Vorarbeiter überbieten sich gegenseitig darin, so daß Unfälle an der Tagesordnung sind, die sich bei ruhigem Arbeiten sehr gut vermeiden ließen. Auch die Ventilation ist eine sehr mangelhafte. An vielen Maschinen fehlen die Schutzvorrichtungen und wäre es wohl angebracht, daß sich die Gewerbeinspektion diesen Betrieb etwas näher ansähe. Namentlich aber ist es die Behandlung durch den Meister Weinecke und den Vorarbeiter Schautz, die jeder Beschreibung spottet. Ausdrücke wie: „Ich haue Ihnen eine 'runter!", „Sie kriegen gleich welche an die Ohren!" erlauben sich diese Herren erwachsenen Arbeitern zu bieten. Die Arbeitsordnung läßt sehr viel zu wünschen und verstößt zum Teil gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung. — Auch der andere größere Betrieb, die Wesselmannsche Fabrik, läßt viel zu wünschen übrig. Es werden dort den besseren Arbeitern Stundenlöhne von 32 bis 36 Pf. bezahlt. Die Lehrlingszüchterei wird da fast en gros betrieben. Es werden jedes Jahr vier bis fünf Lehrlinge eingestellt, die dann im ersten Jahre nach beendigter Lehrzeit (sie beträgt 3 Jahre) 1,50 Mk. Tagelohn und im zweiten Jahre 1,75 bis 2 Mk. erhalten. Bei diesen horrenden Löhnen zahlt dann die Firma den schlecht entlohnten Arbeitern bei gutem Geschäftsgang im Sommer einen Zuschlag von 3 Mk. pro 14 Tage, damit sie nicht etwa weglaufen, aber sobald wieder das Angebot der Arbeiter sich bemerkbar macht, fällt dieser Sommerzuschlag weg, ein System, das bezweckt, die Arbeiter am Orte zu halten. In sanitärer Hinsicht steht der Betrieb auf niedrigster Stufe. Trotzdem keine Ventilation vorhanden, ist die Gußputzerei mitten in der Fabrik zwischen Dreherei und Schlosserei und auch der Kollergang zum Mahlen des Sandes und der Kohle steht mitten im Betrieb. Und ebenso traurig wie in diesen zwei großen Betrieben sieht es in den kleineren aus. Es ist unbedingt nötig, da die bessernde Hand anzulegen. Dann führte Referent den Anwesenden vor Augen, daß nur durch den Zusammenschluß der Arbeiter eine Besserung möglich sei und forderte sie auf, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen. Reicher Beifall lohnte den Redner. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute im Saale des Herrn Ries versammelten Metallarbeiter erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichten sich, soweit sie noch nicht organisiert sind, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen und für weitere Ausbreitung desselben mit allen Kräften zu wirken." Eine große Zahl trat sofort dem Verband bei, so daß jetzt in Alfeld zirka 50 Mitglieder vorhanden sind. Den Alfelder Metallarbeitern rufen wir zu: Wollt ihr, daß die so notwendige Besserung eurer Lebenslage

eintritt, dann schließt euch Mann für Mann der Organisation an, denn vereinzelt seid ihr nichts, vereinigt eine Macht, mit der die Unternehmer wohl oder übel rechnen müssen.

Kiel. In der gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung am 22. Januar erstattete der Bevollmächtigte den Geschäftsbericht für das Jahr 1904. Bei Beginn des Jahres 1904 zeigte die Konjunktur in der Metallindustrie hier am Orte ein wenig erfreuliches Bild. Auf den Howaldtswerken kriselte es stark, während in den fiskalischen Betrieben die großen Arbeiterentlassungen ihren Anfang nahmen. In der Mehrzahl der kleineren Betriebe sah es ebenfalls bedenklich aus. Dieser ungünstige Zustand zeigte am Anfang des Geschäftsjahres seine behindernde Einwirkung auf die Entwicklung des Verbandes, namentlich bei der Aufnahme von Mitgliedern. Erst durch das spätere Einsetzen einer besseren Konjunktur machte sich wieder ein erfreulicher Aufschwung geltend, so daß der Verband am Schlusse des Jahres trotzdem einen guten Erfolg zu verzeichnen hatte. Die Zahl der Mitglieder ist von 1967 am Schlusse des Jahres 1903 auf 2249 am 31. Dezember 1904 gestiegen. Zu Anfang 1903 waren nur 1506 Mitglieder vorhanden. Im Verlauf von zwei Jahren hat demnach der Verband einen Zuwachs von 743 neuen Mitgliedern erhalten. Die Fluktuation war, wie in den Vorjahren, wieder eine ganz außerordentlich große. Eingetreten sind 850, zugereist 8732 und übergetreten 50 Mitglieder; abgereist sind dagegen 1170, ausgetreten, verstorben u. s. w. 180 Mitglieder. Die Jahresabrechnung der Hauptkasse schließt mit einer Einnahme von 39 793,23 Mk. und einer Ausgabe von 38 851,93 Mk. ab, so daß ein Kassenbestand von 941,30 Mk. verbleibt. An den Hauptvorstand konnten 23 600 Mk. gesandt werden. Bei der Lokalkasse zeigte sich eine Einnahme von 11 891,72 Mk. und eine Ausgabe von 9783,99 Mk. Es konnte demnach ein Fonds von 2057,73 Mk. auf das neue Jahr übergetragen werden. Interessant ist es, zu erfahren, daß im vierten Quartal 1902 rund 12 000 Mitgliedsbeiträge eingegangen waren, im verflossenen vierten Quartal dagegen rund 25 000. Bezüglich der Agitation ist zu konstatieren, daß das Hauptbestreben stets dahin gerichtet war, das Vertrauensmännersystem weiter auszubauen. Es hat dieses namentlich auf den Werften zu recht guten Resultaten geführt. An Versammlungen und Sitzungen hat es im Laufe des Jahres keineswegs gefehlt. Es wurden insgesamt 75 Versammlungen und reichlich 150 Sitzungen abgehalten. Bei einzelnen Branchen, so zum Beispiel den Bauschlossern, wurden Extraagitationen in die Wege geleitet. Öffentliche zutage tretende Lohnbewegungen oder Differenzen hat es hierorts für den Metallarbeiter-Verband nicht gegeben. An energischem Vorgehen hat es trotzdem nicht gefehlt. Hierher gehört die Abfassung einer Denkschrift bezüglich der Arbeiter der Kaiserlichen Werften und ihre Absendung an den deutschen Reichstag; weiter das Vorgehen wegen der Entlassungen auf der hiesigen Kaiserlichen Werft, die Absendung von Beschwerden an verschiedene Firmen und anderes mehr. Im Juli war sogar ein Angriffstreik der Hülfsmonteure der Firma Siemens & Schuckert zu verzeichnen. Zugleich wurde von den Beteiligten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. erzielt. Überall war es Aufgabe der Ortsverwaltung, den Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Zu erwähnen ist noch, daß die Klempner Kiels ihren mit der Innung bis zum 1. Juli 1905 vereinbarten Tarif rechtzeitig gekündigt haben, um mit einigen Forderungen an die Arbeitgeber heranzutreten. An den Jahresbericht schloß sich die Bekanntgabe der Abrechnung vom vierten Quartal, sowie der Jahresabrechnung für beide Kassen durch den Geschäftsführer. Der Geschäftsleitung wurde Entlastung erteilt. Nach einer eingehenden Berichterstattung von der am 16. Januar in Hamburg abgehaltenen Bezirkskonferenz erfolgte Stellungnahme zum Aufruf des Vorstandes betreffs Unterstützung der ausständigen Bergleute im Ruhrgebiet. Beschlossen wurde, sich an der vom Kieler Gewerkschaftskartell eingeleiteten Sammlung auf Listen zu beteiligen. Aus dem Fonds der Lokalkasse wurden außerdem 300 Mk. für die Streikenden bewilligt. Mitgeteilt wurde, daß auf den Werften schon beträchtliche Summen gesammelt seien. Die Former haben aus ihrer eigenen Lokalkasse ebenfalls 100 Mk. bewilligt.

Köln a. Rh. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 5. Februar ihre Generalversammlung ab. Der vom Geschäftsführer Rodeck erstattete Kassenbericht für das vierte Quartal 1904 bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 16 166,07 Mk., bei einem Kassenbestand von 3608,42 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des vierten Quartals 2610 männliche und 6 weibliche Mitglieder. Die Lokalkasse vereinnahmte 4670,77 Mk. und verausgabte 2686,56 Mk., so daß ein Bestand von 1984,21 Mk. zu verzeichnen ist. In der anschließenden Diskussion wurde der erfreuliche Fortschritt allgemein anerkannt. Einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung der Verwaltungsstelle sollen die Mitglieder durch den demnächst erscheinenden gedruckten Geschäftsbericht erhalten. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung, „Stellungnahme zum Kartell und zum Arbeitersekretariat", referierte Rodeck. Der bisherige Zahlungsmodus könne von den großen Gewerkschaften nicht eingehalten werden, ohne diese finanziell aufzureiben. Auch die Vertretung im Kartell entspreche durchaus nicht den Mitteln, die bisher von dem Metallarbeiter-Verband aufgebracht seien. Beschlösse die heutige Versammlung, an den Beschlüssen festzuhalten, die uns zum Zahlen zwingen gemäß den Sätzen aus der Zeit, wo wir nur die Hälfte Mitglieder von heute hatten, so müsse einschließlich der bereits abgeführten Summe unsere Beteiligung mit 2674,78 Mk. verrechnet werden. Da unsere Lokalkasse eine auch nur ähnliche Belastung nicht verträgt, und da andererseits das Sekretariat bereits über 6000 Mk. Kassenbestand angesammelt hat, eine Gefährdung dieser Institution also völlig ausgeschlossen sei, empfehle er, an das Sekretariat für das vierte Quartal die runde Summe von 400 Mk. zu zahlen, dem Kartell aber die Beiträge zuzuführen, zu denen wir verpflichtet sind, was ja ohnehin immer geschehen sei. Eine generelle Herabsetzung der Beiträge käme den kleineren Gewerkschaften zugute, während die großen durch Vermehrung ihrer Mitglieder in der Summe die gleichen Beiträge abzuführen hätten. Eine Pauschalsumme von jährlich 1500 Mk. müßte vollauf für Gewerkschaften mit über 2000 Mitgliedern genügen. — Die Diskussion war lebhaft. Es wurde von allen Mitgliedern erklärt, daß das bisherige Verhältnis unerträglich sei und unmöglich in dieser Form weiter bestehen könne. Die Behandlung unserer Karteldelegierten hätte alles das vermissen lassen, was man einer großen Organisation gegenüber, die in jeder Beziehung ihre Schuldigkeit getan, schuldig sei. Durch eine Reihe von Anträgen, worin verlangt wird, das Kartell möge ein genaues Budget aufstellen, um daran die aufzubringenden Mittel für das laufende Jahr festzulegen, wurde die Diskussion geklärt. Es wurde folgender Antrag angenommen: „Die heutige Generalversammlung der Verwaltung Köln des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beauftragt die Fünferkommission, in nächster Zeit eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einzuberufen, der der Antrag unterbreitet werden soll, daß vom 1. Januar 1905 ab die Gewerkschaften mit über 2000 Mitgliedern ihren Jahresbeitrag in der Höhe von 1500 Mk. als Pauschale zu entrichten haben. Sache der Versammlung soll es sein, an der Hand des von der Fünferkommission aufgestellten Budgets die Beiträge der übrigen Gewerkschaften so zu regeln, daß eine allgemeine Entlastung für alle Beteiligten eintritt. Der der letzten Arbeiterversammlung vorgelegte Antrag, den Fonds des Arbeitersekretariats auf 5000 Mk. zu bemessen, ist abzulehnen. Die Versammlung hält einen Fonds von 3000 Mk. für durchaus genügend, diese Institution dauernd zu sichern."

Mettmann. Schon zu wiederholten Malen haben wir an dieser Stelle auf die traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter denen die Mettmanner Arbeiterschaft zu leiden hat, hingewiesen. Wenn noch keine Änderung eingetreten, so sind daran die Mettmanner Arbeiter selbst schuld; sie sind so hoffnungslos, daß sie alles gehen lassen und im Schlendrian verharren. Die Lohnverhältnisse bei der Firma Boniver sind derart schlechte, daß von einem menschenwürdigen Dasein gar nicht mehr zu sprechen ist. Löhne von 2,20 Mk. bis 2,50 Mk. sind nicht selten. Dazu eine menschenunwürdige Behandlung. Die Arbeitszeit wird ganz willkürlich von der Direktion festgelegt, ohne daß die Arbeiter nur gefragt werden. In hygienischer Hinsicht bleibt auch vieles zu wünschen übrig. Neulich inspizierte ein hiesiger Polizeibeamter den Betrieb und sprach sich äußerst lobend über die Waschvorrichtungen aus, folglich müssen dieselben ganz komfortabel sein; in Wirklichkeit lassen sie alles zu wünschen übrig. Samstags ist um 5½ Uhr Feierabend, doch müssen die Arbeiter auf den Lohn, den sie doch nur zum Ansehen bekommen, oft bis 7 Uhr warten. Eine andere Firma, Armaturenfabrik Rich. Körting, bekannt unter dem Namen „Der billige Cobbes", sucht oft im Arbeitsmarkt Dreher. Es kommen viele an, meistens aus Sachsen, um in 8 oder 14 Tagen wieder abzureisen. Ihre paar Groschen, die sie sich vielleicht früher erspart haben, setzen sie hier zu. Voriges Jahr verunglückte ein jugendlicher Arbeiter dadurch, das er beim Auflegen des Riemens erfaßt und geviertteilt wurde. Die Sache wurde vertuscht, aber an eine Änderung zur Verhütung eines Unfalls dachte man nicht. Die Akkordpreise sind derartig, daß fleißige Arbeiter nur 12 Mk. die Woche verdienten. Die Firma betreibt die Lehrlingszüchterei en gros, auf einen Gesellen kommen oft 12 bis 13 Lehrlinge. — Bei der Firma Gebr. Burberg befinden sich die Aborte im Kesselhaus und sind in schlechtem Zustand. Auch bei dieser Firma wird die Lehrlingsausbeuterei betrieben, jedoch nicht direkt von der Firma, sondern von den Schleifern, indem diese die Lehrjungen 12 bis 13 Stunden beschäftigen. Möchte doch die Aufsichtsbehörde ihr Augenmerk auf die Mettmanner Betriebe lenken. Wir fordern ganz energisch die Abstellung der herrschenden Mißstände durch die Behörden. Die angeführten Mißstände sind noch lange nicht die ganzen, wir könnten ganze Spalten dieser Zeitung zur Aufzählung in Anspruch nehmen. Der Gewerbeinspektion erteilt unsere Ortsverwaltung bereitwilligst jede gewünschte Auskunft. Auch unseren Freunden, den Christlichen, müssen wir einige Zeilen widmen. Besonders hervor tut sich ein Karl Homberg, der von uns schon etliche Male charakterisiert wurde. Er glaubt sich als Hanswurst betätigen zu müssen. In diesem Vergnügen stören wir ihn nicht. Wenn er aber glaubt, besonders hervorheben zu müssen, sie wären auf ehrlicher Basis christlich organisiert, so möchten wir ihm den Rat geben, und auch seinen Genossen, nur hübsch ruhig zu sein und aufgefangenen Stadtklatsch nicht weiter zu kolportieren, sonst würden wir ihnen Gelegenheit geben, das Kolportierte auch zu verantworten. R. R.

Metzingen. In der Süddeutschen Blechemballagenfabrik war am 2. Januar Inventur, zu der acht Arbeiter kommandiert waren. Obwohl es an diesem Tage sehr kalt war, wurde die Dampfleitung nicht in Funktion gesetzt. Als am 3. Januar die Arbeiter und Arbeiterinnen ins Geschäft kamen, war der Dampf wieder nicht eingelassen, die Leitung mußte erst einer Reparatur unterzogen werden. Als die Leitung um ¾9 Uhr noch nicht in Ordnung war, faßten fünf Arbeiter den Entschluß, in einer Wirtschaft zu frühstücken. Da ihnen um 9 Uhr von anderen Kollegen gesagt wurde, daß noch kein bißchen Wärme im Arbeitsraum vorhanden sei, blieben sie bis halb 10 Uhr. Der Meister kündigte ihnen deshalb an, daß sie wegen Verlassens der Arbeitsstelle ohne Erlaubnis bestraft würden. Darüber entspann sich ein ziemlich lauter Wortwechsel. Es kam der 5. Januar, an dem, weil es der Tag vor einem Feste, in jedem Geschäft um 6 Uhr Feierabend ist. Allein einige Arbeiter munkelten, daß bis 7 Uhr gearbeitet werden solle, wozu, da das Geschäft flau ging, gar kein Anlaß vorlag. Der Meister spazierte mit auf den Rücken gelegten Händen in der Werkstätte herum und sah, daß die Arbeiter vor 6 Uhr ihre Maschinen putzten. Als alle Arbeiter sich zum Gehen bereit machten, äußerte der Meister: „Ob es den Herren vielleicht nicht passe, bis 7 Uhr zu arbeiten." Es wurde ihm erwidert, daß er es doch rechtzeitig ansagen möchte, wenn Überstunden gemacht werden sollten. Darauf wurde der Wortführer aufs Kontor zitiert. Der Mitinhaber der Firma mußte zugeben, daß nach der Fabrikordnung um 6 Uhr Feierabend sein solle, es würde jedoch den Arbeitern zuliebe bis 7 Uhr gearbeitet, da am Samstag die Arbeit ruhe. Die Strafe folgte für den Wortführer nach. Am 14. Januar wurde ihm gekündigt, weil er beim unbefugten Verlassen der Arbeitsstelle am 3. Januar „den Anfang gemacht habe". Der Herr Meister hat nun sein Ziel erreicht, der einzige Organisierte ist aus der Bude herausgegrault. Wir wollen nun abwarten, ob die dort arbeitenden Kollegen nicht bald zu der Einsicht kommen, daß es nottut, durch geschlossenes Vorgehen auch in dieser Bude Remedur zu schaffen. Kollegen, schließt euch alle dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an!

Pforzheim. Die Mitgliederversammlung am 4. Februar beschäftigte sich mit der Vorlage des Vorstandes zum Ausbau des Unterstützungswesens. Kollege Weiß hielt das Referat und befürwortete die Vorlage. Er kam zu dem Schlusse, daß die Vorlage dem Zwecke, dem sie dienen solle, die Mitglieder an den Verband zu fesseln, gerecht werde. Die Änderung, die die Verwaltung in Form eines Antrags eingebracht hatte, wurde hierauf mit allen gegen eine Stimme angenommen, die Vorlage selbst einstimmig. Kollege Lotthammer befürwortete hierauf einen Antrag auf Besserstellung der Verbandsbeamten. Der von ihm dazu gestellte Antrag wurde angenommen.

Quedlinburg. In der am 29. Januar abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung wurde beschlossen, für die streikenden Bergarbeiter drei Extrabeiträge zu üeben, einen im Januar, zwei im Februar. Die Kollegen in Thale, die sich ebenfalls mit dem Bergarbeiterausstand beschäftigten, billigten den Vorschlag der Ortsverwaltung. Einigen Kollegen war er nicht weitgehend genug, deshalb wurde die Ortsverwaltung beauftragt, Sammellisten herauszugeben, damit man die Unorganisierten auch zur Zahlung heranziehen könnte. Gerügt wurde das Verhalten eines Mitglieds des Fabrik-, Land- und Hüfsarbeiter-Verbandes, der Kollegen aus dem Emaillierwerk abhielt, in unsern Verband einzutreten, da nach seiner Meinung die Arbeiter des Emaillierwerkes in den Fabrik- ꝛc.-Verband gehören. Letzterer leiste trotz der niedrigeren Beiträge auch mehr als der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Beschlossen wurde, dem Delegierten zum Gewerkschaftskongreß, Kollegen Voß, dieses mitzuteilen. Hoffentlich wird der Gewerkschaftskongreß die Frage mit unseren Konkurrenzorganisationen zu unserer Zufriedenheit regeln. Den Thaler Kollegen möchten wir noch zurufen: Geht in die Organisation, in die ihr gehört, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband! Es ist schon eine stattliche Zahl, die dem Verband angehört, und wenn wir so wie die letzte Zeit weiterarbeiten, werden wir in Zukunft dafür eintreten können, daß die auf dem Eisenhüttenwerk Thale vorhandenen Mißstände beseitigt werden. — In der am 5. Februar abgehaltenen Werkstattversammlung für die in den Walzwerkbetrieben beschäftigten Arbeiter wurden die im Betrieb vorhandenen Mißstände einer scharfen Kritik unterzogen. Eine Anzahl Kollegen schlossen sich dem Verband an und versprachen, dafür zu sorgen, daß die nächste Werkstattversammlung wo möglich von allen Kollegen besucht wird.

Regensburg. In der am Sonntag den 29. Januar abgehaltenen außerordentlichen Versammlung wurde beschlossen, zur Unterstützung der Bergleute im Ruhrgebiet einen Extrabeitrag von 20 Pf. pro Mitglied und Woche für mindestens fünf Wochen zu erheben. Sollte jedoch der Ausstand länger dauern, so wird der Extrabeitrag weiter erhoben. Dieser Beschluß wurde einstimmig angenommen. Es werden nun besonders die Kollegen, die nicht anwesend waren, aufgefordert, diesem Beschluß nachzukommen. Der erste Beitrag war fällig am 5. Februar. Zugleich werden die Kollegen aufgefordert, die Versammlungen in Zukunft besser wie bisher zu besuchen.

Velbert. Zweihundert Mark für einen Arbeitswilligen zahlt die Firma Judick, Aktiengesellschaft! Es ist ja bekannt, daß während des Schleiferstreiks die Firma Judick schon oft erklärt hat, sie brauche keine Schleifer. Wir haben aber das Gegenteil wahrgenommen. Die Gebrüder Duster, die als Arbeitswillige bisher bei dieser Firma gearbeitet haben, kündigten am 14. Januar ihr Arbeitsverhältnis. Nachdem auch noch der Schleifermeister gekündigt hatte, scheint die Firma verzweifeln zu wollen. Am Donnerstag den 2. Februar hat Herr Julius Judick den August Duster zu sich kommen lassen und ihm erklärt, sie möchten doch bleiben. Die Firma würde für einen jeden von ihnen 200 Mk., zu Ostern 1905 zu zahlen, deponieren. Eine derartig hohe Belohnung diesen Arbeitern anzubieten, ist ja sehr nett und nobel von der Firma. Aber wir wollen verraten, daß trotz des verführerischen Angebots diese jungen Leute ihren Arbeitsbrüdern nicht zum zweiten Male in den Rücken fallen werden. Am Samstag den 4. Februar schon haben sie der Firma den Rücken gekehrt. Die Schleifer allerorts aber ersuchen wir, mehr noch wie bisher auf dem Posten zu sein und den Zuzug nach Velbert streng fernzuhalten. Besonders Elberfeld-Barmen, Remscheid und Solingen kommen für Fahrradteile in Betracht. Deshalb, Kollegen, seid auf der Hut. Bei irgendwelchen Wahrnehmungen wende man sich sofort an die Bezirksleitung in Düsseldorf, Weiherstr. 8, oder an die Geschäftsstelle in Velbert, Poststr. 53.

Schmiede.

Nürnberg. Im verflossenen Jahre war die Geschäftskonjunktur eine wesentlich bessere als im Jahre 1903. Es fanden in den meisten Betrieben Neueinstellungen statt. Die Sektion der Schmiede gab sich alle Mühe, die Neueingestellten zu organisieren, was ihr auch meistens gelang. Wegen der geringen Löhne war jedoch immer ein starker Wechsel zu verzeichnen. Doch ist die Zahl der Mitglieder stets gewachsen, am Jahresschluß konnten wir mit 201 Aufnahmen abschließen. Die Fabrikanten konnten von der gewohnheitsmäßigen Verschlechterung der Stunden- und Akkordlöhne nicht lassen, weshalb es notwendig war, mehrere Werkstätten- und Bezirksversammlungen abzuhalten, die zu dem Resultat führten, daß der Bezirksleiter teilweise mit eingreifen mußte, was auch in einzelnen Betrieben zu einem kleinen Erfolg führte. In letzter Zeit wurde eine Anzahl Fragebogen herausgegeben, um die Verhältnisse am Orte genauer prüfen zu können. Des weiteren wurde beschlossen, sich mit der allgemeinen Zahlstelle zu vereinigen. — Der Kassenbericht für 1904 weist eine Gesamteinnahme von 6598,06 Mk., eine Gesamtausgabe von 5842,99 Mk. auf, so daß ein Kassenbestand von 755,07 Mk. verblieb. An die Hauptkasse wurden 3800 Mk. eingesandt. Die Ortsunterstützung an 28 Mitglieder betrug für 294 Tage 540,75 Mk.; Unterstützung nach § 2c erhielten 6 Mitglieder mit 190 Mk.; Umzugsunterstützung an ein Mitglied 40 Mk.; örtliche Ausgaben 1272,24 Mk.

Rundschau.

Reichstag.

(6. bis 11. Februar.) Man lernt doch niemals aus! Als wir unseren letzten Wochenbericht über die Reichstagsverhandlungen schrieben, hielten wir's für undenkbar, daß der „leitende Staatsmann", Graf Bülow, sich der Diskussion über die Handelsverträge entziehen würde, nachdem er in der vorigen Woche in ungehöriger Weise seine polemischen Redefloskeln vor Eintritt in die Tagesordnung angebracht hatte. Aber nun ist es doch geschehen! Mit trägem, gleichgültigem Gesichtsausdruck räkelte er sich ein paar Tage lang auf seinem Sessel, offenbar um sich von den kulinarischen Exzessen der Landwirtschaftsfestesserei zu erholen, was von den Abgeordneten für und gegen „seine" Handelspolitik geredet wurde, war ihm offenbar höchst schnuppe. Es heißt auch eine ganz ungerechtfertigte Unterstellung machen, wenn man meint, diese Politik agrarisch-großindustrieller Sammlung lasse sich mit Gründen ernsthaft verfechten. So stehen die Dinge nicht. Wer die Auswucherungspolitik empfiehlt, hat die Wissenschaft, die Gebote der Menschlichkeit und die Erfahrungen eines ganzen Jahrhunderts gegen sich. Man kann sie einem Volke aufzwingen, aber man kann sie nicht aus in ihr selbst ruhenden Argumenten rechtfertigen. Wer das versucht, ist unwissend oder heuchlerisch, oder beides. Graf Posadowsky ergriff einmal das Wort, um gegen den sozialdemokratischen Fraktionsredner Bernstein zu polemisieren; es war ein Jammer, diesen offenbar gescheiten und fleißigen Mann mit den ältesten Ladenhütern operieren zu sehen. Wie muß es in den Köpfen der agrarischen Junker aussehen, wenn schon ihr bester Mann solches Zeug öffentlich auskramt. Auch seiner Rede Leitmotiv war die Not der „Landwirtschaft". Wir wollen ihm den guten Glauben nicht absprechen, müssen aber feststellen, daß es an Falschmünzerei grenzt, den Begriff der „Landwirtschaft" als einen einheitlichen hinzustellen. Zwischen einem simplen Dorfschmied und Krupp besteht kein größerer Unterschied als zwischen einem hessischen Kuhbauern und einem ostelbischen Großgrundbesitzer. Noch einmal hoben das die Freihandelsvertreter Bernstein, Gothein, Kämpf und andere scharf hervor, ohne sich natürlich in die Illusion zu wiegen, als könnten sie damit auf die johlende und grunzende Masse der agrarischen Beutelschneider irgend einen Eindruck machen. Die Handelsverträge werden angenommen, daran ist nichts zu ändern. Für die Freunde des Volkes bleibt nichts anderes übrig, als die zwölf kommenden Jahre zu einer intensiveren Agitation gegen das preußische Junkertum auszunutzen als sie bisher betrieben wurde. Kein Zweifel, daß dabei die Haupttätigkeit der Sozialdemokratie, im besonderen der preußischen, zufällt. Nach langem Zögern hat sich die Sozialdemokratie Preußens in der Weihnachtswoche des letzten Jahres einer speziellen preußischen Landespolitik unter den glücklichsten Vorzeichen zugewandt; die Zeitumstände werden sie zwingen, auf dem betretenen Wege vorwärts zu schreiten.

Wie gefährlich die Übermacht der großen Getreideproduzenten werden kann, lehrt auch die Reichstagsdebatte über die Schiffahrtsabgaben auf deutschen Flüssen. Die im preußischen Abgeordnetenhaus von den Reaktionären aller Schattierungen stürmisch verlangten Schiffahrtsabgaben sollen die Getreideeinfuhr unmöglich machen, ferner aber auch den Transport der Kohle, der Kolonialwaren, der Baumwolle u. s. w. verteuern; die Lebenshaltung des Volkes soll noch über die Zollverteurungen hinaus belastet werden, um einer kleinen Schar agrarischer Interessenten die Revenuen zu vergrößern. Dabei kann es nicht dem allergeringsten Zweifel unterliegen, daß zur Erhebung von Schiffahrtsabgaben eine Verfassungsänderung im Reiche notwendig wäre; aber die preußische Regierung, in deren Reihen „Koriphäen" vom Schlage der Podbielski, der Hammerstein und Schönstedt sitzen, fragt den Teufel nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen im Reiche. Die Verfassung gilt überhaupt nur noch für die Kleinstaaten; Preußen macht, was es will, betreibt den Umsturz von oben mit einer Ungeniertheit, die ihresgleichen in der Geschichte konstitutioneller Staaten sucht. Graf Limburg-Stirum, der Wortführer der Rechten, sprach bei dieser Gelegenheit im Reichstag das große Wort gelassen aus, daß man über Verfassungsfragen am besten abstimme. Gut, wir werden uns daran noch einmal erinnern!

Auf den Weltausstellungen pflegt das Deutsche Reich mit bunt aufgeschminkten Darstellungen seiner Arbeiterfürsorge zu protzen; wie kindisch dieses Treiben ist, mag man am Schicksal der Reichsenquete über die verheirateten Frauen in den Fabriken erkennen. Bei Gelegenheit der Beratung einer Zentrumsinterpellation über den Zehnstundentag erklärte Graf Posadowsky, daß von den 26 über die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen befragten Staaten 18 überhaupt nicht einmal geantwortet haben! Vielleicht wird das auch einmal auf der nächsten Weltausstellung mit lieblichen Illustrationen öffentlich dargestellt. Die skandalöse Haltung der Reichsregierung in der Frage der Maximalarbeitszeit wäre ganz unerklärlich, wenn nicht im innersten Herzen alle bürgerlichen Parteien für ein unbeschränktes Ausbeutungsrecht erwachsener Arbeiter und Arbeiterinnen schwärmten. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, bringen einige von ihnen ein paar lendenlahme Forderungen auf die Beine, die Regierung verspricht, Erhebungen anzustellen und in Erwägungen einzutreten — und damit ist das Stück aus; die Akteure gehen befriedigt nach Hause. Sie haben ihre Schuldigkeit getan. Wenn auf diesem Gebiet die Arbeiter von dem Klassenparlament durchgreifende Reformen erwarten wollten, dann könnten sie lange warten. Erst muß der Achtstundentag von den Gewerkschaften praktisch erkämpft worden sein, ehe er im Klassenstaat gesetzlich festgelegt wird.

Der Überschuß vom Crimmitschauer Textilarbeiterstreik.

Die Rheinische Zeitung hat beim Ausbruch des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier bemerkt: „Im vorigen Jahre haben die deutschen Arbeiter den Kampf in Crimmitschau so reichlich unterstützt, daß eine bedeutende Summe dem Textilarbeiter-Verband übrig blieb. Heute ist Geld für die Bergarbeiter dringend nötig. Wir hören noch nicht, daß der Textilarbeiter-Verband einen Teil jenes Überschusses, den er doch nicht als sein Eigentum betrachten kann, an die Bergleute abgeführt habe. Wir sind überzeugt im Sinne aller Spender vom vorigen Jahre zu handeln, wenn wir fordern, daß der damalige

Überschuß, der etwa 300000 Mk. ausmacht, zur Hälfte für die kämpfenden Ruhrbergleute verwendet werde."

Der Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes hat daraufhin den Beschluß gefaßt, wöchentlich 6000 Mk. an die streikenden Bergleute abzuführen. In der letzten Nummer des Textilarbeiter veröffentlicht er aber auch eine detaillierte Abrechnung über den Streik und die Aussperrung der Textilarbeiter in Crimmitschau. Daraus ist zu ersehen, daß bei der Hauptkasse des Textilarbeiter-Verbandes im ganzen eingegangen sind 1223275,44 Mk. Die Ausgabe betrug vom 20. August 1903 bis 18. Januar 1904 (Ende des Streiks) 929630,66 Mk. Es waren aber nach dem Streik noch viele Arbeitslose und Gemaßregelte vorhanden, die unterstützt werden mußten; es entstanden ferner noch Prozeßkosten (4808,56 Mk.), Reise- und Umzugskosten (8851,25 Mk.), so daß sich die Ausgaben nach dem 18. Januar noch auf 215999,16 Mk. belaufen. Der Überschuß beziffert sich deshalb nur auf 77645,62 Mk. Der Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes bemerkt zu der gegebenen Abrechnung:

„Aus vorstehender Abrechnung ist zu ersehen, daß die Solidarität der deutschen Arbeiterschaft für die Crimmitschauer Textilarbeiter eine großartige war, und können die Textilarbeiter ihre Schuld am besten dadurch abtragen, daß sie ihre Organisation derartig heben, daß sie aus eigenen Kräften erforderlichenfalls ihre Kämpfe führen können. Wir sind verpflichtet, unsere Organisation so zu stärken, daß wir jederzeit den Unternehmern gerüstet gegenüberstehen.

Die Abrechnung zeigt aber auch, daß die verbreiteten Angaben, der Textilarbeiter-Verband habe bei dem Crimmitschauer Streik 300000 Mk. verdient, insofern irrtümliche sind, weil wir nach dem Streik für die Massenmaßregelungen und infolge davon, daß der Betrieb nach dem Streik lange Zeit kaum zur Hälfte aufrecht erhalten werden konnte, noch rund 216000 Mk. zu zahlen hatten. Die einzelnen Eingänge haben wir bei jeder Quartalsabrechnung im Textilarbeiter veröffentlicht. Wir haben bereits eine Broschüre in Druck gegeben, worin der Zehnstundenkampf in Crimmitschau von Anfang bis zu Ende in übersichtlicher Weise geschildert wird. Diese Broschüre wird unsern Filialverwaltungen sowie den Zentralvorständen anderer Verbände und den Gewerkschaftskartellen zugesandt werden."

Bei dem Verlangen auf Herausgabe des Überschusses haben sich besonders die Hirsch-Dunckerschen und christlichen Organe hervorgetan. Diese Blätter würden gut tun, wenn sie vor Stellung ihres Verlangens sich erst durch den Nachweis dazu legitimiert hätten, daß von ihrer Seite erhebliche Summen für die Crimmitschauer Textilarbeiter geleistet wurden.

Polizei und Streikposten.

Gelegentlich des Metallarbeiterausstandes auf dem Orivitwerk in Köln-Müngersdorf hat die Polizei gegen vierzehn Arbeiter, die dort Streikposten standen, Strafmandate in der Höhe von je 20 Mk. verhängt. Die Arbeiter erhoben Einspruch, und so hatte sich das Kölner Schöffengericht mit der Angelegenheit zu befassen. Als Zeugen waren sieben Polizeibeamte erschienen. Es handelt sich um die berühmte „Übertretung der Straßenpolizeiverordnung"; die Leute sollen auf die Aufforderung der Polizeibeamten die Straße nicht verlassen haben. Wie Rechtsanwalt Dr. Bing feststellte, liegt die Straße, wo die Posten standen, die Eupenerstraße, weit im Felde; Verkehr ist dort gar nicht vorhanden; nur dann und wann kommt ein Bauernfuhrwerk vorbei. Der Polizeikommissar habe offenbar nur auf Veranlassung der Unternehmer die Schutzmannsposten dahingestellt. Nach der Entscheidung des Kammergerichtes genüge es zum Einschreiten nicht, daß die Polizei der Ansicht sei, es könnte zu Unruhen kommen. Wenn dies der Fall wäre, so würde das Koalitionsrecht der Arbeiter vernichtet sein. Polizeikommissar Rausch sagte als Zeuge: Die Schutzleute seien von der Firma zum Schutz der Arbeitswilligen gefordert worden. Nur von der Firma seien Beschwerden eingelaufen. An dem betreffenden Mittag, wo er persönlich hingegangen sei, sei die Eupenerstraße ganz leer gewesen; als es 12 Uhr schlug, strömten (!!!) auf einmal sechs (!!!) Personen von der Aachenerstraße in die Eupenerstraße. „Auf mein Verbot (!) gingen fünf Personen weg; nur der Angeklagte B. blieb." Schutzmann Schröder behauptete als Zeuge, die Arbeitswilligen seien gewaltsam abgehalten worden. Der Vorsitzende stellte fest, daß dies nur durch Worte, durch Zureden geschehen ist. Keiner von diesen und den übrigen Zeugen konnte bekunden, daß nur die geringste Ausschreitung vorgekommen sei. Trotzdem beantragte der Amtsanwalt für jeden Angeklagten 20 Mk. Geldstrafe.

Rechtsanwalt Dr. Bing führte aus: Der Amtsanwalt und die Zeugen seien offenbar der falschen Ansicht, daß das Abhalten von der Arbeit verboten sei. In Wirklichkeit aber sei dies ein durch den § 152 der Gewerbeordnung gewährleistetes Recht. Der Streik bei dem Orivitwerk habe drei Wochen gedauert; aber nicht eine einzige Tätlichkeit sei vorgekommen, und nicht ein Fall von Bedrohung sei nachgewiesen. „Nicht auf Veranlassung von Arbeitswilligen, sondern lediglich auf den Wunsch der Firma habe der Kommissar die Schutzleute hingestellt. Die Angeklagten hätten weiter nichts getan, als daß sie die von ihrem Verband ihnen aufgetragene Pflicht erfüllten. Er halte das Vorgehen der Polizei für ungesetzlich und beantrage die Freisprechung sämtlicher Angeklagten. — Von einem der Angeklagten wurde noch erklärt: „Ich habe gar keine Arbeitswilligen gesehen und wurde weggewiesen." Ein zweiter erklärte: „Der Schutzmann Schröder hat mich aufgefordert, wegzugehen. Es war 10½ Uhr morgens und weit und breit kein lebendes Wesen zu sehen; ich habe auch nirgendwo gestanden, sondern bin auf dem Wege nur gegangen." Ein dritter führt an: „Ich habe nicht Streikposten gestanden; ich bin nur um die Mittagszeit langsam auf der Straße gegangen. Ein Schutzmann forderte mich auf, mich zu beeilen. Ich antwortete, daß ich keine Eile hätte und noch früh genug zum Mittagessen käme. Ich erhielt ein Strafmandat von 20 Mk."

Das Gericht entschied: Die Polizei habe sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes befunden. Das Gericht sei nicht zu der Annahme gekommen, daß Ausschreitungen geschehen, auch nicht, daß solche zu befürchten gewesen seien. Es habe also kein Anlaß zum Einschreiten vorgelegen. Die Angeklagten seien daher sämtlich freizusprechen.

Das Gewerbegericht München,

das erfreulicherweise in bezug auf rasche Rechtsprechung an der Spitze der Gewerbegerichte Deutschlands marschiert, hatte im Jahre 1904 auch als Einigungsamt eine segensreiche Tätigkeit entfaltet. Es wurde in 31 Fällen als Einigungsamt angerufen; in 28 Fällen gelang es Vereinbarungen zu erzielen. Diese Vereinbarungen betrafen in 10 Fällen das Gesamtgewerbe (nämlich das Bäcker-, Schuhmacher-, Tapezierer-, Mühlen-, Maurer-, Steinmetz-, Kunst- und Bauschlosser-, Spengler-, Metallgießer- und Jalousiengewerbe); in 18 Fällen handelte es sich um Lohndifferenzen in einzelnen größeren Betrieben, so in Eisenwerken, Maschinenfabriken, Eisengießereien, Parkettschreinereien, Handschuhfabriken, in einer Teer- und Asphaltfabrik, Elektrizitätszählerfabrik, Schuhfabrik, bei der Straßenreinigungsanstalt und im Hafnergewerbe. In 15 Fällen wurden Tarifverträge abgeschlossen.

Streikversicherung der Metallindustriellen.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung berichtet:

Am 12. Dezember 1904 hat der Verein Deutscher Arbeitgeber-Verbände sein Arbeitsprogramm festgelegt, indem er seinen Mitgliedschaften im Prinzip folgende Aufgaben zuwies:

Die über ganz Deutschland sich erstreckenden Berufsverbände haben von sich aus Gesellschaften zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen zu errichten; die bereits bestehenden derartigen Gesellschaften sind nach Maßgabe der in der vom Verein Deutscher Arbeitgeber-Verbände gebilligten Form auszugestalten. Die örtlichen Berufsverbände sollen nach Möglichkeit für die Errichtung eigener Arbeitsnachweise Sorge tragen. Die gemischten Arbeitgeber-Verbände, welche das Unternehmertum einzelner Landesteile oder einzelner Städte in sich begreifen, haben Streikabwehrfonds zu sammeln.

Durch die Zuweisung dieser Aufgaben an die Mitgliedschaften des Vereins Deutscher Arbeitgeber-Verbände, bei deren Ausarbeitung man in erster Linie die Sonderart der einzelnen Unterverbände berücksichtigen mußte, ist einer erfolgreichen Wirksamkeit des Vereins die Bahn eröffnet worden.

In Verfolgung des erstgenannten Zweckes hat der Verein am 12. Dezember vorigen Jahres dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller die Gründung einer Gesellschaft zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen empfohlen. Der Ausschuß des Gesamtverbandes hat dieser Anregung am 22. Dezember vorigen Jahrs einstimmig Folge gegeben und seine Unterverbände aufgefordert, mit allen ihren Mitgliedern der Entschädigungsgesellschaft beizutreten. Sieben Bezirksverbände haben inzwischen bereits einstimmig den Beschluß gefaßt, in die zu gründende Gesellschaft einzutreten, und zwar der „Verband der Eisenindustrie Hamburgs" und der „Verband der Metallindustriellen der Kreishauptmannschaft Dresden" am 10. Januar, der „Arbeitgeber-Verband Unterweser" in Bremen am 11. Januar, der „Verband der Metallindustriellen von Halle (Saale) und Umgegend" am 21. Januar, der „Verband der Metallindustriellen Magdeburgs und Umgegend" am 30. Januar, der „Arbeitgeber-Verband der Eisen- und Metallindustrie Kiels" am 1. Februar und der „Verein Lübecker Metallindustrieller" am 2. Februar.

Unternehmer-Terrorismus.

Der Bevollmächtigte der Kieler Zahlstelle des Werftarbeiter-Verbandes, der einige Zeit nicht auf einer Werft, sondern in einem anderen Betrieb gearbeitet hatte, gedachte auf der Howaldtschen Werft in Arbeit zu treten. Arbeit wurde ihm dort zugesichert, nur sollte er sich einen Schein vom Arbeitsnachweis — lies Maßregelungsbureau — der Eisenindustriellen holen, ohne welchen niemand in einen dem Arbeitgeber-Verband angeschlossenen Betrieb in Arbeit treten darf. Dieser Schein wurde ihm aber verweigert und ihm schließlich erklärt, vom Arbeitsnachweis der Eisenindustriellen würde er überhaupt keine Beschäftigung erhalten. Auf ein an den Vorsitzenden des Arbeitgeber-Verbandes gerichtetes Schreiben erhielt er nun folgende Antwort:

Kiel, den 30. Januar 1905.

Herrn Arbeiter (folgt Vor- und Zuname)
Kiel (Straße u. Nr.).

Auf Ihre von fremder Hand geschriebene und mit Schiweck unterzeichnete Beschwerde vom 25. d. M. teile ich Ihnen ergebenst mit, daß kein Mitglied des Arbeitgeber-Verbandes ein Interesse daran haben kann, den Vorsitzenden des Werftarbeiter-Verbandes zu beschäftigen.

Der Vorsitzende des Arbeitgeber-Verbandes der Eisen- und Metall-Industriellen Kiels.
J. V.: Laves.

Der Ton dieses Schreibens ist ebenso zynisch wie das Verfahren gegen die Arbeiter brutal. Wo bleibt aber auch das Recht des Unternehmers als „Herr im eigenen Hause"?

Ein schlechtes Gewissen

verrät eine Notiz der Rheinisch-Westfälischen Zeitung über die Resolution der sozialdemokratischen Fraktion, der Reichskanzler solle:

„dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den ein Arbeitgeber oder Stellvertreter eines solchen, der sich mit einem anderen Arbeitgeber verabredet oder vereinigt, um Arbeitern deshalb, weil sie an den in § 152 der Gewerbeordnung gedachten Vereinigungen teilgenommen haben oder an denselben ferner teilnehmen wollen, ihr ferneres Fortkommen oder die Arbeitsgelegenheit zu erschweren, sie nicht in Arbeit zu nehmen oder sie aus der Arbeit zu entlassen, mit Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten bedroht, wird, sofern nicht nach dem allgemeinen Strafgesetz eine höhere Strafe eintritt, und der Versuch solcher Straftat für strafbar erklärt wird."

Das Scharfmacherblatt erblickt darin „eine Art Zuchthausvorlage gegen das Arbeitgebertum". In Wirklichkeit wäre die Verwirklichung dieser Resolution aber bloß die folgerichtige Ergänzung zu dem § 153 der Gewerbeordnung. Denn es ist doch ein Nonsens, den zu strafen, der einen anderen zur Teilnahme an Vereinigungen nach § 152 der Gewerbeordnung durch Drohungen 2c. veranlassen oder ihn durch gleiche Mittel am Rücktritt hindern will, den aber straffrei ausgehen zu lassen, der einen anderen hindert, von dem gesetzlichen Koalitionsrecht Gebrauch zu machen.

Vom Ausland.

Schweden.

Das Kartell der Stockholmer Filialen des schwedischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes hat im Jahre 1904 nach dem soeben gegebenen Jahresbericht gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl der Filialen betrug am Jahresschluß 5803, hatte sich also um 505 erhöht. Davon entfallen auf den Maschinenarbeiterfachverein, die größte Stockholmer Filiale des Verbandes, 1628 Mitglieder (Erhöhung der Mitgliederzahl um 159). Der Schmiede- und Hufschlägerfachverein erhöhte seine Mitglieder auf 393 = 35,5 Prozent. Die Arbeitsgelegenheit war im Durchschnit mittelmäßig, gegen Ende des Jahres schlecht infolge der wiederum zurückgehenden Konjunktur. Insgesamt meldeten sich 1819 der Mitglieder im Laufe des Jahres arbeitslos, wozu noch 145 vom Jahre 1903 kommen, so daß insgesamt 1964 arbeitslos waren. An Arbeitslosenunterstützung wurden aus Verbandsmitteln 26175,50 Kronen bezahlt.

Das Verhältnis zu den Unternehmern ist nach dem Bericht das beste seit vielen Jahren gewesen, offene Konflikte sind vermieden worden. In einer Reihe von Fällen mußte jedoch der Verband eingreifen, um die Aufrechterhaltung der eingegangenen Verträge durch die Unternehmer zu bewirken. Der Werkstättenverein (die Unternehmerorganisation) hat überdies allerlei in Verschleppung geführter Unterhandlungen geleistet, so daß an dem besonders guten Willen dieses Vereins, friedliche Verhältnisse aufrecht zu erhalten, berechtigte Zweifel gehegt wurden. Er hat anscheinend noch nicht genug an der Schlappe von 1903; wahrscheinlich müssen die Unternehmer erst eine vollständige Niederlage erleiden, bevor sie zur Vernunft kommen und einsehen lernen, daß eine friedliche Taktik der Industrie mehr zum Nutzen ist, als es der Scharfmachergeist zugeben will. — Im übrigen ist im Berichtsjahr eine emsige Tätigkeit zugunsten der Bildungsbestrebungen der Mitglieder entfaltet worden, eine Reihe wertvoller Vorlesungsabende wurden veranstaltet. E. Br.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. H. 29 Hamburg).

Kiel. Im Januar tagte eine kombinierte Sitzung der Filialen der 14. Wahlabteilung, bei der nur Heikendorf fehlte. Auf der Tagesordnung stand: Besprechung über eine zu errichtende Frauensterbekasse. Nachdem der Genosse Hetzko das Flugblatt des Vorstandes verlesen hatte, sprachen sich sämtliche Filialen für Errichtung einer Frauensterbekasse aus. Die zweite Frage des Flugblattes wurde dahin beantwortet, daß die einzelnen Filialen die Mitglieder in puncto „klagbares Recht" nur genügend aufklären müßten, dann könnte man getrost darauf verzichten. Es ist das „klagbare Recht" bei anderen Korporationen mit ähnlichen Unterstützungen ja auch nicht vorhanden und kommt doch jeder zu seinem Recht. Sollte sich eine Gegenströmung bemerkbar machen, so könnte das nur dem „Unverstand der Massen" zugeschrieben werden. Über die dritte Frage waren die Meinungen sehr verschieden. Man war der Überzeugung, daß es leicht zu Unzuträglichkeiten führen würde, wenn die Beitrittszeit für Frauen auch nur auf 40 Jahre festgesetzt würde, es wurde deshalb der Wunsch geäußert, das Alter der Frauen auf 45 Jahre zu bestimmen, gleichzeitig aber auch im Statut zu bemerken, daß die Frau nach dem Tode des Ehemannes Mitglied der Sterbekasse bleiben kann. Die weiteren Fragen wurden nach dem Vorschlag des Vorstandes angenommen. Die Konferenz war ferner der Meinung, es wäre doch jedenfalls für das Zustandekommen der Sterbekasse von großem Vorteil und den einzelnen Filialen sehr zum Nutzen, wenn der Vorstand das Zirkular, das er den einzelnen Filialen zugestellt hat, auch in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichen würde. Dadurch würde doch unter den Mitgliedern mehr Agitation in dieser Sache betrieben.

Königshofen. In der am 29. Januar in Bischheim abgehaltenen Mitgliederversammlung, an der Vertreter der Filialen Straßburg, Kehl und Königshofen teilnahmen, wurde einstimmig der Beschluß gefaßt: „Die Mitgliederversammlung stimmt dem Antrag bei, den Vorstand öffentlich in der Metallarbeiter-Zeitung aufzufordern, seine Ansichten über eine Krankenzuschußkasse bekannt zu machen, eventuell bei der nächsten Generalversammlung dahin zu wirken. Desgleichen fordern wir alle Wahlabteilungen (oder Filialen) auf, sich auch in diesem Sinne zu äußern. Sollte sich die Mehrheit damit einverstanden erklären, so könnte der Verstand ein diesbezügliches Statut ausarbeiten und der nächsten Generalversammlung vorlegen."

Literarisches.

Von der **Neuen Zeit** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 20. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: F. W. Fritzsche. — Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland. Von N. Kiasanoff. — Das Problem der „hundert Völker". Von Rosa Luxemburg. — Zentrums-Sozialpolitiker gegeneinander. Von Gustav Hoch-Hanau a. M. — Kraetzes Sozialpolitik. Von Richard Wagner. — Eine Geschichte der Internationale. Von K. Kautsky. — Der Zunftgedanke im Tarifvertrag. Von F. Schnetter. — Literarische Rundschau: Wilhelm Bölsche, Weltblick. Von k. gr.

Meyers Großes Konversationslexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens. Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage. Mehr als 148000 Artikel und Verweisungen auf über 18240 Seiten Text mit mehr als 11000 Abbildungen, Karten und Plänen im Text und auf über 1400 Illustrationstafeln (darunter etwa 190 Farbendrucktafeln und 300 selbständige Kartenbeilagen) sowie 130 Textbeilagen. 20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mk. (Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien). In unserer Zeit ist es für jedermann von größtem Interesse, sich über alle den Handel, die Handelsgeographie, die Handelspolitik und Handelsverträge betreffenden Fragen orientieren zu können. Der soeben erschienene achte Band von Meyers Großem Konversationslexikon kommt gerade zur rechten Zeit, denn in ihm sind, durch die alphabetische Anordnung gegeben, eine ganze Reihe von äußerst instruktiven Artikeln über diese Materie vereint. Über Handelskrisen instruiert ein sehr gut geschriebener Artikel. Auch die rechtliche Seite dieser Fragen findet in den Artikeln: Handelsgesetz, Handelsrecht, Handelsgerichte und Handelskammern eine eingehende Beleuchtung, während wir durch die Artikel Handelskompagnien, Hansa sowie in dem Abschnitt Großbritannien, Geschichte der Kolonien über die Entwicklung der wichtigsten Handelsbestrebungen unterrichtet werden. Die großen, mit trefflichen Karten und Plänen versehenen Sammelartikel: Großbritannien, Griechenland, Hamburg, Hannover sind in sich abgeschlossene Monographien, deren Lektüre zur Kenntnis dieser Länder und Städte besonders anzuraten ist. Allgemeines Interesse haben unter vielen anderen auch die Artikel: Grundsteuer, Grundeigentum, Gründung, Güterrecht, Haftpflicht und Hauptverhandlung, die täglich auftretende persönliche Fragen behandeln. Der Band enthält auch die Biographie Goethes, der in einer Reihe von Bildnissen uns entgegentritt. Die schönen Künste und die Kunstindustrie sind vertreten durch die Artikel: Glaskunstindustrie, Glasmalerei, Goldschmiedekunst, Graphische Künste, die sich schon äußerlich durch die prächtig gelungenen farbigen und schwarzen Tafeln herausheben. — 56 Beilagen zieren das schöne Werk neben gegen zweihundert Textillustrationen, eine große Reihe davon sind ganz neu. Die Ausführung ist eine durchaus mustergültige.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)

Annaberg i. S. Freitag, 17. Febr., abends 9 Uhr, in Takens Restaurant.
Apolda. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus Vorwärts.
Arheilgen (Hess.). Dienstag, 21. Febr., abds. 9 Uhr, im „Darmstädter Hof".
Aschersleben. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, in Wilkes Lokal, Wassertor 28.
Aue (Sachsen). Sonntag, 26. Febr., nachm. 3 Uhr, im „Gambrinus".
Aue-Obersachsenfeld. Samstag, 25. Febr., abends 9 Uhr, im „Löwen".
Aue-Oberschlema. Samstag, 25. Febr., abends 9 Uhr, in der „Sächsischen Schweiz".
Baden-Baden. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, Restauration „Bratwurstglöckle", Steinstr. 7.
Bant-Wilhelmshaven. Mittwoch, 22. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Jadebusen" in Heppens.
Bant-Wilhelmshaven (Kesselschmiede). Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, in der „Germaniahalle" in Bant.
Bernburg. Samstag, 25. Febr., abds. 8 Uhr, bei Karl Amtage, Steinstr. 2/4.
Bitterfeld. Samstag, 25. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Hohenzollern".
Cuxhafen. Samstag, 25. Februar, abends halb 9 Uhr, in der „Stadt Hamburg".
Döbeln. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, in der „Muldenterrasse".
Dortmund (Kesselschmiede). Sonntag, 26. Febr., vormittags 11 Uhr, in der „Germania", Nord- und Heiligegartenstraßenecke.
Dortmund. Bez. Tierpark. Sonntag, 26. Febr., vormittags 11 Uhr, bei Schäfer, Lessing- und Leibnitzstraßenecke.
Duisburg. Samstag, 25. Febr., abds. halb 9 Uhr, im „Gambrinus", Friedrich-Wilhelmsplatz.
Durlach (Baden). Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Lamm".
Eisenach. Freitag, 24. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Fröhlichen Mann".
Elbing (Allg.). Sonntag, 26. Febr., mittags halb 12 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", kl. Ziegelscheunestr. 9.
Elmshorn. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, bei H. Krause, Flammweg 39.
Emmendingen. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum „Fuchs", unterm Tor.
Erfurt (Klempn.). Samstag, 25. Febr., abends 9 Uhr, im „Tivoli".
Erlangen. Samstag, 25. Febr., abends 8 Uhr, im „Deutschen Hof", Waldstraße.
Essen. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, i. d. „Borussia", Rottstr.
Essen-Bergeborbeck. Sonntag, 19. Febr., abends 6 Uhr, bei Baubel, Rosenhügel.
Essen-Steele. Sonntag, 19. Febr., vorm. 11 Uhr, bei Diem in Steele.
Forst i. L. Samstag, 25. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Duderstädt.
Frankenberg. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Tunnel".
Frankenthal. Samstag, 18. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Wargand, Welschgasse 33. Anträge zur Generalversammlung.
— Flomersheim. Sonntag, 19. Febr., vorm. 10 Uhr, bei Magin.
— Lambsheim. Sonntag, 19. Febr., nachm. 3 Uhr, bei Storer.
— Heßheim. Sonntag, 19. Febr., nachmittags 3 Uhr, beiÖgel.
— Mörsch. Sonntag, 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei Karch. Tagesordnung in allen Versammlungen: Der Ausbau des Unterstützungswesens.
Frankfurt a. M. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", kleiner Saal.
Frankfurt a. O. Samstag, 18. Febr., abends 8 Uhr, im „Vorwärts", Breitestr. 33.
Freiburg i. B. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Schwanke.
Freising. Sonntag, 26. Febr., vorm. 10 Uhr, beim Jägerwirt.
Gaggenau. Samstag, 18. Februar, abends 8 Uhr, zur „Post".
Gevelsberg (Milspe). Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Körten am Wunderbau.
Göppingen. Samstag, 18. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Baier, „Zum Petersburger Hof".
Gotha. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, z. Erholung, Dammweg.
Greifswald. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, bei A. Wudke, Langereihe 83.
Greiz i. V. Samstag, 18. Febr., abds. halb 9 Uhr, im „Scharfen Eck".
Guben. Samstag, 25. Febr., abds. halb 9 Uhr, i. Volksgarten, Grossenerstr. 44.
Hadersleben. Dienstag, 21. Febr., abends 8 Uhr, in der „Zentralherberge", Gorkistr. 731.
Hanau a. M. Samstag, 25. Febr., abds. 9 Uhr, im Saalbau, Mühlstr. 2.
Harburg a. E. (Allg.) Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, bei E. Lüssenhop, 1. Bergstr. 7.

Heilbronn (Allg.). Samstag, 25. Febr., abends 8 Uhr, zur „Rose“.
Herne i. W. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Gieperz, zur „Börse“ am Altmarkt.
Höchst a. M. Samstag, 25. Febr., abds. halb 9 Uhr, in der „Sonne“.
Hörde i. W. Sonntag, 26. Februar, nachmittags 4 Uhr, bei Gerke, Berninghoferstraße.
Ilmenau. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Deutschen Haus“.
Konstanz. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Hussenstein“, Schützenstr. 13.
Kottbus. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Scheppe, zur „Metze“, Bellevuestr. 142.
Krefeld. Samstag, 18. Febr., abends 9 Uhr, im Restaurant „Neuen“, Peter- und Stephanstraßenecke.
Leisnig. Freitag, 24. Febr., abends halb 9 Uhr, im Rest. „Neue Sorge“.
Liegnitz. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, i. Sanssouci, Haagstr. 7.
Ludwigshafen a. Rh. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Bayrisch. Hiesel“, Bismarckstr. 100.
Lübeck. Mittwoch, 1. März, abends halb 9 Uhr, im „Vereinshaus“, Johannisstr. 50.
Lüneburg. Samstag, 25. Febr., abds. halb 9 Uhr, bei Joh. Wöst.
Meuselwitz. Samstag, 25. Februar, abends 8 Uhr, im „Deutschen Kaiser“.
Mittweida. Samstag, 25. Febr., abds. 9 Uhr, zur „Eintracht“.
Mühlhausen i. Th. Samstag, 18. Febr., abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus („Thüringer Hof“), Johannisstraße.
Mülhausen i. E. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Oliger, Bienenstr. 47.
Mülheim a. Rhein. Donnerstag, 23. Februar, abends halb 9 Uhr, „Zur Schweiz“, Wallstr. 29.
Mülheim a. Rh. (Drahtzieher). Sonntag, 26. Febr., nachm. 3 Uhr, bei Kühlbach, Wolffstraße.
— Dünnwald. Sonntag, 26. Febr., abends 6 Uhr, bei Wasserfuhr.
— Schweinheim-Holweide. Sonntag, 26. Februar, vormittags 11 Uhr, bei Schallenberg.
— Thurn-Delbrück. Sonntag, 26. Febr., nachm. 5 Uhr, bei Söhling.
M.-Gladbach. Sonntag, 26. Febr., vormittags 11 Uhr, bei Everth.
Neckarsulm. Samstag, 18. Febr., abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zur „Sonne“.
Neustadt a. H. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, im Cafe Bavaria.
Nordhausen. Samstag, 18. Febr., abends 8 Uhr, im „Hirsch“.
Nossen. Samstag, 18. Febr., abends halb 9 Uhr, in Grunbachs Restaurant „Zur Herberge“.
Oberhausen. Sonntag, 19. Febr., vormittags 11 Uhr, bei Hermanns, Ecke Grenz- und Lothringerstraße.
Oberstein. Samstag, 25. Februar, abends halb 9 Uhr, bei A. Heine.
Oberursel. Samstag, 18. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Kühlen Grund“.
Oelsnitz i. V. Samstag, 18. Febr., abends 9 Uhr, im „Bergschlößchen“.
Offenburg. Samstag, 25. Februar, abends 8 Uhr, im „Schützen“.
Ohligs. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Butzmühlen, Merscheiderstraße.
Oldenburg. Samstag, 25. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Grenzer, Kurwickstr. 28.
Pirna. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Volkshaus“.
Plauen i. V. Samstag, 25. Febr., abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“.
Ravensburg. Sonntag, 26. Febr., vorm. 10 Uhr, in der „Bavaria“.
Remscheid (Former u. Gießereiarbeiter). Samstag, 25. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Witwe Thiel, Bismarckstraße.
Rosenheim (Miesbach). Samstag, 18. Febr., abends halb 9 Uhr, im Bade-Restaurant.
Roßlau. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, in der „Goldenen Krone“.
Rostock. Mittwoch, 22. Febr., abends halb 9 Uhr, in der „Warnowhalle“.
Schramberg. Samstag, 18. Febr., abends 8 Uhr, Gasth. „Zur Nuß“.
Sebaldsbrück. Samstag, 18. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Brinkhoff.
Singen a. H. Samstag, 18. Febr., abends 8 Uhr, in der „Germania“, Vortrag des Kollegen Emil Hübner: Wie stellen sich die freien Gewerkschaften zur Sozialdemokratie?
Solingen. Samstag, 18. Febr., abds. halb 9 Uhr, bei van Gels, Kronenbergerstraße.
Spremberg. Samstag, 25. Febr., abds. halb 9 Uhr, bei Knorr, Pfortenplatz.
Staßfurt. Samstag, 25. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Wießener.
Stralsund. Samstag, 25. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Frankendamm 38.
Straßburg i. E. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, i. Alten Bahnhof.
Swinemünde. Samstag, 18. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Beyer, Königstraße.
Ulm a. D. Samstag, 4. März, abends halb 9 Uhr, im „Hohentwiel“, Fischergasse.
Vegesack (Former). Dienstag, 21. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Brauns, Hafenstr. 40/41.
Velbert, Bez. Tönisheide. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Mühlenmeister in Tönisheide.
Waldshut. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Waldschloß“.
Warstein. Sonntag, 19. Febr., vorm. halb 12 Uhr, bei Franz Grafe. Wahl des Delegierten zum Gewerkschaftskongreß.
Weinheim. Samstag, 25. Februar, abends halb 9 Uhr, zur „Gold. Rose“.
Weißenfels. Samstag, 25. Febr., abds. halb 9 Uhr, i. d. Zentralhalle.
Werder a. H. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Schwarzen Adler“, Fischerstr. 28.
Wittenberg. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Wilhelm Freudenberg, Jüdenstraße 29.
Wolfenbüttel. Samstag, 18. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Blauen Engel“, Fischerstr. 17.
Zittau. Samstag, 25. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Kaisersaal“ in Olbersdorf.

Öffentliche Versammlungen.

Aschaffenburg. Montag, 20. Febr., abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Stift“, Stiftsgasse 10. Referent: Ehrler aus Frankfurt a. M.
Weilbach. Sonntag, 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zum „Engel“. Referent: Kollege Ehrler aus Frankfurt a. M.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

M.-Gladbach. Die Adresse des Kassiers ist: Wilhelm Seuren, Rheydtstr. 208. Dort Auszahlungen von 12 bis 1 Uhr mittags und von 7 bis halb 9 Uhr abends.
Osterholz-Scharmbeck. Der Dreher August Koch aus Schladen, Buch-Nr. 586 686, wird um Angabe seiner Adresse ersucht, damit ihm seine 6 Mk. wieder gesandt werden können.

Zentralarbeitsnachweis der Feilenarbeiter

Stuttgart, Rötestraße 16 B.

Die Arbeitsvermittlung erfolgt für Arbeiter u. Arbeitgeber unentgeltlich.

Gestorben.

Bremerhaven. Wilh. Schirrmeister, Schmied, freiwillig aus dem Leben geschieden.
Magdeburg. Wilhelm Brotrück, Schlosser, 44 Jahre, Schwindsucht (51).

Billige böhmische Bettfedern! 10 Pfund: neue geschlissene Mk. 8.—, bessere Mk. 10.—, Mk. 15.—, Mk. 20.—, weisse daunenweiche Mk. 10.—, Mk. 15.—, Mk. 20.—, schneeweisse daunenweiche Mk. 25, Mk. 30. Versand franco, zollfrei, per Nachnahme. Umtausch & Rücknahme geg. Portovergütung gest. Muster gratis.
Benedickt Sachsel, Lobes 827 Post Pilsen, Böhmen. [384

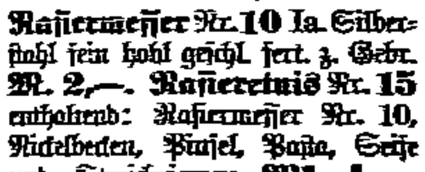
Den Genossen [382
bring. wir uns. Fabrikationsgesch. für Vereins- u. Festabzeichen, Rosetten, Schärpen, Maifestzeich., Vereinsfahnen etc. in Erinnerung u. bitt. um Auftr. Must. u. Preisl. vers. kostenfrei
Gewerkschafts-Kartell Lörrach
Adr.: J. Kläusler, Baslerstr. 23, Säckingen.

Geschenkt und portofrei zugesandt erhält jed. Nebenverd. suchende Arbeiter einen Gegenstand mit sein. Namen im Werte von 40 ₰, a. Must. Deutliche Adresse an Reinhardt Thate, Hohenstein-Er. i. S. [344

30 Tage zur Probe!

5 Jahre Garantie
versende Rasiermesser
No. 27 fein hohl . à Mk. 1.50
„ 29 sehr hohl . à „ 2.—
„ 33 extra hohl ff. à „ 2.50 } inkl. Etuis
Sicherheitsmesser D. R. R. M. In kurzer Zeit 35 000 Stück verkauft. (Verletzung unmöglich) Mk. 2.75. Nichtgefallendes Betrag sofort retour. Mein 300 Seiten starker Prachtkatalog gratis und franko an jeden.
Emil Jansen, Stahlwarenfabrik u. Versandhaus 1. Wald No. 20 b. Solingen. [38

Nach jedem Bild fertige eine photogr. Vergrößerung in Brustbild [338
Lebens-
größe 45/55 cm **für 3** Mk. Porto, Verpackung 50 Pf. Ähnlichkeit, Haltbarkeit garantiert. Bild unbeschädigt zurück. Lieferzeit 8 Tage. Viele Dankschreiben.
Franz Fischer, Kunstmaler, Berlin SO., Michaelkirchstraße 39 III.

Umsonst u. portofrei
vers. ums. gr. Hauptkatalog über Solinger Stahlwaren, Haushalt- u. Küchengeräte, Waffen, Optik 2c.

MIT 5 JAHRE GARANTIE
¼ nat. Gr.
versenden wir **franko**
Rasiermesser Nr. 10 Ia. Silberstahl fein hohl geschl. fert. z. Gebr. **M. 2,—. Rasieretuis** Nr. 15 enthaltend: Rasiermesser Nr. 10, Nickelbecken, Pinsel, Pasta, Seife und Streichriemen **Mk. 4,—. Haarmaschine „Familienschatz“** (Neuheit) mit 2 Aufschiebekämme für **3, 7 u. 10** mm schneid. p. St. **Mk. 3,50. Sicherheits-Rasiermesser „Famos“ Mk. 2,50.** Verletzung unmöglich.
Otto Geigis & Co. Gruiten bei Solingen 55
Ältestes Fabrikversandhaus am Platze. [284

Jeder Metallarbeiter erhält hohen Nebenverdienst ohne Risiko. Verl. Sie per Postk. Auskunft kostenl. [350
Herm. Wolf, Zwickau i. S. Reichsstr. 44.

Strickmaschinen [318
sind das beste Erwerbsmittel. Auch auf Teilzahlung. Illustr. Pracht-Katalog geg. 30 Pf. Briefmarken. **P. Kirsch, Döbeln.**

Wilhelm Kruse Markneukirchen № 885
Gröste Vorteile bei direktem Bezug.

Haupt-Katalog frei.
316

Edmund Paulus
Markneukirchen No. 367
Musikinstrumente jeder Art
Neuester Katalog umsonst.
Auf Karten und Briefen an mich darf die No. 367 nie fehlen. [254

Billigste Bezugsquelle aller Arten Musikinstru Saiten
LEDERER & KREINBERG Markneukirchen i. S. No. 150
238

Carnevals-Ulk

neuestes Scherz-Instrument, der † fidele **Dudelsack**
nach Anleitung sofort spielbar — Riesen-Lach-Erfolg. —
No. 1. p. 1 St. Mk. 1.75, 2 St. 3.30, 4 St. Quartett 6.—, 6 St. 8.50 franko. No. 2. Extra gross u. stark per 1 St. Mk. 2.75, 2 Stück 5.—, 4 Stück (Quartett) 9.50, 6 Stück 13.50 franko. Nachnahme extra.
Gotth. Hayn, Breslau 87 Tauentzienstr. 67. Neue No. 60. [30

40 Mark nur [346

Dieser **Schallplatten-Apparat** mit Trompetenarm, tadellosem Uhrwerk, unter Garantie reell, stabil und fast unverwüstlich, reine laute Musik, Gesang und Sprache kostet **nur 40 Mark.**
Platten passen für alle Grammophone
kleine 18 cm 1.20 Mk. Grosse 25 cm 2.40 Mk. Hartguss-walzen 75 Pfg.
Phonographen von 4 Mark an. • Kataloge gratis.
E. Schmidt, Berlin 300 Alexandrinenstrasse 95.

Gratis und franko versende **Pracht-Katalog** über **Uhren, Gold- und Silberwaren.**

Gute Zylinder-Uhr, 6 Steine, Goldzeiger, v. Goldränder **7 M.,** ferner **Remontoir, 2 starke silberne Deckel, 2 doppelte Goldränder,** 10 Steine, **12 M., gold. Damen-Rem.,** 10 Steine, **17 M.** Für jede Uhr **3 jährige schriftliche** Garantie. Umtausch gestattet oder Geld zurück. **Schlechte Waren führe ich nicht!** Viele Dankschreiben.
W. Davidowitz, Berlin-M. Brückenstr. 5a am Bahnhof, Jannowitzbrücke
286] Viermal prämiiert mit der goldenen Medaille.

Für fünf Mark ein Fahrrad zu liefern, ist wohl niemand imstande aber **Jedermann erhält fünf Mark** zu einem Fahrrad, welcher sich meine Versand-Preisliste mit staunend billigen Preisen kommen läßt. Reelle Garantie.
Permanenz-Fahrradwerke Ernst Domasch, Dresden-Löbtau
Reparaturen, Ersatz- und Zubehörteile konkurrenzlos billig. [210

Ganz umsonst und portofrei kann sich Jeder von uns für entsprechenden Wert Waren erwerben.
Mit Namen in Goldschrift 10 Pfg. mehr.

½ natürliche Grösse
Man verlange neuesten Prachtkatalog mit 3500 Abbildungen nebst näherer Angabe ebenfalls gratis und franko (ohne Kaufzwang). Derselbe enthält grosse Auswahl in Rasiermessern, Rasierutensilien, Haarmaschinen, Taschen-, Tafelmessern und Gabeln, Damen-, Haar- und Schneiderscheren, Reben- oder Gartenscheren, Sensen, Gärtnermessern, Brot-, Schlacht-, Gemüse-, Hack- und Wiegemessern, Uhren, Uhr- und Halsketten, Broschen, Ringen, Portemonnaies, Pfeifen, Spazierstöcken, Fernrohren, Feldstechern, Schuss- und Stichwaffen, Musik-Instrumenten, Schmuck- und Haushaltungsartikeln, Kinderspielwaren u. Christbaumschmuck etc. etc. Gleichzeitig offerieren wir, damit sich Jeder von der Güte und Qualität unserer Waren überzeugen kann, franko Rasiermesser No. 50 aus magnetisiertem Silberstahl, fein hohlgeschliffen, fertig zum Gebrauch, mit feinem schwarzen Heft und Etui für nur Mk. 1.75, 30 Tage zur Probe mit 5 Jahren Garantie. — Besteller verpflichten sich, den Betrag einzusenden oder das Messer zu retournieren.
Mehr wie ein Stück nur gegen Nachnahme.
Gebrüder Bell, Gräfrath b. Solingen.
Ältestes Fabrikversandhaus am Platze, gegründet 1876.

Durch enorme Leistungsfähigkeit beweisst Ihnen die **„Smith-Premier“-Schreibmaschine** dass sie tatsächlich **das Jdeal** aller Schreibmaschinen ist. — Brillante Referenzen! — Prospekte durch
The Smith Premier Typewriter Co. m. b. H.
BERLIN W., Friedrichstrasse 62 [342

Technikum Berlin Staatlich inspiziert **Tages- und Abendkurse** zur Ausbildung v. Ingenieuren u. Technikern. Berlin W, Königgrätzerstr. 90. [137 Programme kostenlos.

Verschraub-Element R. G. M. à M. 1,75
Komplette Läutwerke do. do. à M. 2,75
Engr.-Preisl. elektr. Artik. fr. Lehrb. 60 Pf.
A. Paeschke, Fabr. elektr. Artikel BERLIN N. 58 [361

Lehrbücher für Metallarbeiter. [172 Katalog gratis
Joh. Sassenbach, Berlin 16.

Kegelspiel „Triumph“ 27 cm Durchm., unterhaltend für Jung u. Alt. Unverwüstlich, weil aus Hartholz. Nur M. 6.50 franko gegen Nachnahme oder vorherige Kasse direkt von [300
Schanz & Katz Nachf., Pforzheim No. 37.

Musikinstrumente, Phonographen und Saiten aller Art empfiehlt
Ernst Schreyer Hamburg, Steinstr 40
Reparaturen, Vermiethungen & Unterricht 345

Orkan-Fahrräder
sind auch für Saison 1905 wiederum die besten und doch die billigsten.
Fahrräder mit Glockenlager, 1 Jahr Garantie . . . . . M. 57.—
Laufdecken ohne Garantie . . 3.—
Prima Laufdecken ½ J. Garant. . 4.25
„ „ 1 „ „ . 5.50
Luftschläuche ohne Garantie . 2.40
„ ½ Jahr „ . 3.—
„ 1 „ „ . 3.50
Auf Fahrräder u. Pneumatiks schriftl. Garantie. Sämtliche Ersatzteile billigst. Hauptkatalog gratis und franko. [107
R. Wedler, Breslau 8.

Gegr. 1872 **MUSIK-INSTRUMENTENFABRIK von ERNST HESS KLINGENTHAL i. Sa.** GARANTIE ZURÜCKNAHME BEI RETOUR
MIT VERSAND AN PRIVATLEUTE
baut Harmonikas i. 150 Sort. v. M. 2.50 bis M. 500, auf versch. Weltausstellungen prämiiert! Geigen v. M. 2.50 bis M. 1000.—, Zithern v. M. 8.—, Guitarren v. M. 4.50, Harmoniums, Pianos, Drehorgeln, Musikwerke, Bandonions, Mundharmonikas etc.
KATALOG (158 Seit.) UMSONST u. POSTFREI [309

+ Magerkeit. +
Schöne, volle Körperformen durch unser orient. Kraftpulver, preisgekrönt gold. Medaillen, Paris 1900, Hamburg 1901, Berlin 1903, in 6—8 Wochen bis 30 Pfund Zunahme, garantiert unschädl. Streng reell — kein Schwindel. Viele Dankschr. Preis Karton mit Gebrauchsanweisung 2 Mark. Postanw. od. Nachn. excl. Porto.
Hygien. Institut [112
D. Franz Steiner & Co. Berlin 282, Königgrätzerstr. 78.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuester Katalog m. Empfehl. viel. Ärzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin N. Friedrichstrasse 131 c. [89

J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart
Wir empfehlen nachstehende Werke:
J. E. Thorold Rogers, **Die Geschichte der Englischen Arbeit.** Autorisierte Übersetzung von Max Pannwitz. Revidiert von K. Kautsky. Preis gebunden Mk. 6.50.
Friedrich Engels, **Die Lage der arbeitenden Klassen in England.** Preis gebunden Mk. 2.50.
G. Howell, **Die englische Gewerkvereinsbewegung.** (Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit.) Preis gebund. Mk. 2.—
Sidney und Beatrice Webb, **Die Geschichte des Britischen Trade Unionismus.** Deutsch von Bernstein. Preis gebunden Mk. 6.50.
Sidney und Beatrice Webb, **Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine.** Deutsch von C. Hugo. 2 Bände. Preis pro Band gebunden Mk. 8.—
Diese von allen Seiten als das Beste in ihrer Art anerkannten Werke sollten in keiner Gewerkvereins-Bibliothek fehlen.
Für diejenigen Bestellungen, die seitens unserer Mitglieder bei dem Verlag dieses Blattes angemeldet werden, ist ein Vorzugspreis angesetzt. [335

Noch vorrätig und durch alle Verwaltungsstellen, Bevollmächtigte, Geschäftsführer sowie durch unterzeichneten Verlag zu beziehen:
Metallarbeiter-Notizkalender für 1905
Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbandsmitglieder
Preis für Verbandsmitglieder 50 ₰
für Nichtverbandsmitglieder 75 ₰
pro Stück exklusive Porto.
Alexander Schlicke & Cie. Druckerei und Verlag **Stuttgart,** Rötestrasse 16 b.

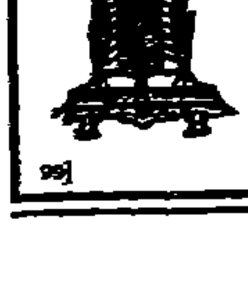
Zur Laubsägerei [66
Kerbschnitzerei, Holzbrandmalerei liefert am billigsten sämtl. Werkz., Vorl., Holz 2c.
J. Brendel, Maxdorf 91 Pfalz.
Reichh. Katalog über 2000 Abbildg. geg. 40 Pf. in Briefm. frko.
• Laubsägeholz • per qm von 1 Mk. an.

Karl Füchter, Mechaniker **Emmendingen**
Filiale in Kenzingen in Baden.
Suche für mein Automobil- und Fahrradgeschäft einen selbständigen Mechaniker, nicht über 30 Jahre alt, bei hohem Lohn. [355

Der **Schlosser Emil Reiner,** geb. 8. 5. 1874 in Straßburg i. Els., wird dringend um Angabe seiner Adresse gebeten. **Karl Warth,** Mech. Werkstätte, **Waldsee** (Württ.) [353

Wo befindet sich der **Eisendr. Theod. Schrumpf** aus **Rigara-Pura,** Rußl.? Um dring. Ausk. bittet A. R. Blöcher, Verbandsbureau, Frankfurt a. M. [357

Den Kollegen von **Halle a. S.** und Umgegend zur Kenntnis, daß ich die **Restauration zur Stadt Halberstadt** Halberstädterstr. 3 übernommen habe.
Achtungsvoll
360] **Andreas Blank.**


Gold- und Silberwaren.
Wecker-Uhren mit Absteller . . . . . v. 1,60 an
Nickel-Remont.-Uhr, 30 St.-Werk . . . v. 3,25 an
Echt silb. Remont.-Uhren . . . . . . v. 6,90 an
Echt silberne Damen-Uhren . . . . . v. 6,75 an
Echt gold. Damenhalsketten mit Schieber, 130 cm lang . . . . v. 12,50 an
Echt silberne Brosches . . . . v. —,30 an
Versand gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrags, Risiko ausgeschloss., da bei Nichtgefallen Geld retour.
Uhren aller Art.
99]

Julius Busse
Berlin C. 19, Grünstr. 3/5 C.
Reich illustrierter Katalog über alle Arten von Uhren, Ketten, Gold-, Silber-, Nickel- und Bronzewaren, optischen Instrumenten, photographischen Apparaten, Musikwerken, Leder- und Stahlwaren, Uhrenfournituren und Werkzeugen gratis und franko.

Optische Artikel.
Echt goldene Ringe . . . . v. 0,95 an
Kaffeeservice, vernickelt, 4 teil., ¾ Lit. . v. 3,20 an
Brotkörbe . . . . v. —,45 an
Tafelaufsätze, versilbert . . . . . . v. 2,40 an
Photographie-Albums . . . . v. 1,00 an
Musik-Instrumente mit Platten . . . . v. 3,90 an
Operngläser mit Etui . . . . v. 3,50 an
Wirklich billige und anerkannt reelle Bezugsquelle für Wiederverkäufer, Uhrmacher und Händler.
Photograph. Apparate.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.